

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen-

Annahme-Bureau:

In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmsstr. 16.)

bei C. H. Alrici & Co.

Breitestraße 14.

in Gnesen bei Th. Spindler,

in Glogau bei F. Streifau,

in Breslau bei Emil Sabath.

Annoncen-

Annahme-Bureau:

In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien

bei C. F. Naube & Co.

Ganssengasse 10.

in Berlin, Dresden, Glogau

beim „Zusatzblatt“.

Nr. 139.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 25. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Abonnements auf die Posener Zeitung
pro Monat März nehmen sämtliche Postanstalten zum Betrage von 18 Sgr. 2 Pf., sowie die unterzeichnete Expedition und die Herren Distributoren zum Betrage von 15 Sgr. an. Bestellungen bitten gefälligst bald zu machen.
Expedition der Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 24. Februar. Der Kaiser und Königin hat im Namen des deutschen Reichs auf den Vorschlag des Bundesraths den Kgl. preuß. Kammerger. Rath Leske in Berlin zum Mitglied des Bundesamts für das Heimathwesen ernannt. — Der König hat dem Regier. und Vize-Kreisbaumeister der Eisenbahn-Direktion zu Hannover den Rothen Adler-Orden 4. Kl. verliehen. — Der prakt. Arzt Dr. Stielau zu Br. Holland ist zum Kreiswundarzt des Kreises B. Holland ernannt. — Dem hies. Kgl. Kreisbaumeister Hermann Raupisch in Lauban zum Kgl. Bauinspektor ernannt und demselben die Bau-Inspektorstelle zu Hirschberg verliehen worden.

Der Papst und die Bischöfe.

Als den Kernpunkt der päpstlichen Enchiklica betrachtet man jetzt ziemlich allgemein, wie wir dies von vornherein gethan haben, die übermüthige Verurtheilung der kirchenpolitischen Staatsgesetze, welche in der Bulle allerdings nur mit dem vagen Ausdruck „jene Gesetze“ bezeichnet werden. Dieses Attentat auf die Selbstständigkeit der weltlichen Souveränität muß in ganz Deutschland Unwillen hervorrufen. In der That erscheint es als eine politische und religiöse Ungeheuerlichkeit, daß ein römischer Bischof sich anmaßt, die Gesetze eines mächtigen Staates für ungültig zu erklären, zumal der Mann, welcher dies thut, sich als den sichtbaren Stellvertreter Gottes bezeichnet, welcher geboten hat: „Seid unterthan den Obrigkeiten!“ Ähnliches haben die preussischen Bischöfe bis jetzt noch nicht gewagt, sie haben allerdings die Maigesetze als verwerfliche bezeichnet, aber ihre Gültigkeit noch nie bestritten; ja es fehlte selbst unter den katholischen Würdenträgern nicht an Stimmen, welche zugestanden, daß die kirchenpolitischen Gesetze in Wahrheit nichts gegen Religion und Glauben enthalten; und daß sie nur aus dem formellen Grunde jenen Gesetzen nicht folgen könnten, weil die Regierung dieserhalb keine Verständigung mit der päpstlichen Kurie gesucht und erzielt habe. Wohl mochte auch mancher deutsche Prälat die stille Hoffnung hegen, Kirche und Staat würden über kurz oder lang eine Verständigung oder wenigstens einen modus vivendi finden, wenn nicht zu Pius IX. Zeiten, so doch vielleicht später. Aber was jene vermittelnden Naturen hofften, das mögen die Jesuiten gefürchtet haben, und deshalb wußten sie den alten Mann im Vatikan, welcher sich für den heiligen Beherrscher des Weltalls hält, zu bewegen, durch eine unheilbare Erklärung es seinen Nachfolgern unmöglich zu machen, die preussischen Maigesetze anzuerkennen und damit vielleicht die Jesuiten zu opfern.

Es sind dies nur unsere Vermuthungen, aber tausend Zeichen sprechen für ihre Richtigkeit, nicht zum Wenigsten der Triumphzug, welchen das Berliner Jesuitenblatt über den Erlaß der päpstlichen Bulle anstimmte. Die „Germania“ schreibt nämlich:

Für diejenigen, welche in gänzlicher Verkennung der Verhältnisse die kirchliche Hoffnung hegen und zu verbreiten suchen, daß Seine Heiligkeit der Papst die preussischen Bischöfe bereits angewiesen habe oder demnächst anweisen werde, einen Modus auffindig zu machen, um in Uebereinstimmung mit den Maigesetzen die Leitung ihrer Diöcesen zu übernehmen, wird die unterm 5. Februar dieses Jahres erlassene päpstliche Bulle den unumstößlichen Beweis geliefert haben, daß alle verachteten Ansichten und Erwartungen für immer in das Gebiet der frommen Wünsche gehören. Die klare und prägnante Stellung, die von unserm gesammten Episkopat, dem Klerus und der Laienwelt — vernehmlich und ausdrücklich abgelehnt — von vornherein jenen Gesetzen gegenüber eingenommen wurde, ist durch das bedeutende Ausrufen: „Wir erkennen die Maigesetze nicht an!“ — um die Pflicht seines Amtes erfüllt, erklärt Pius IX. „ganz offen Allen, welche es angeht, und dem ganzen katholischen Episkopat, daß jene Gesetze unzulässig sind, da sie der göttlichen Einrichtung der Kirche ganz und gar widersprechen.“ Mehr bedarf es nicht für Katholiken. Die päpstliche Bulle (als Aeußerung der Unfehlbarkeit — Red. d. Pos. Z.) wird und kann nicht zurückgenommen werden, und somit wird es dann nichts Anderes übrig bleiben, als daß die Maigesetze fallen.

Die Bulle bringt den preussischen Bischöfen also den Befehl, die Schiffe hinter sich zu verbrennen und jedes Schwanken, jede Hoffnung auf Verständigung aufzugeben. Ausdrücklich wird ihnen gesagt, daß der Papst ihr alleiniger Herr ist und sie sich um die weltliche Obrigkeit nicht zu kümmern haben. „Denn nicht die Mächtigen der Erde hat der Herr den Bischöfen seiner Kirche vorgesetzt, sondern den heiligen Petrus, dem er nicht bloß seine Kämmer, sondern auch seine Schafe zu weiden übertrug.“ Und dies Alles muß den Bischöfen, welche der Papst seine Schafe nennt, passieren, nachdem sie kurz vorher in ihrer Kollektivklärung gegen die Zirkulardesephe des Fürsten Bismarck die Behauptung gewagt haben: „Auch der Episkopat hat seine Rechte und Pflichten vermöge der von Gott selbst getroffenen Anordnung, welche zu ändern der Papst weder das Recht noch die Macht hat!“ Ob wirklich die Bischöfe glauben, daß sie gegenüber dem Willen des Papstes noch etwas zu sagen haben? Wohl, möchten sie es doch einmal versuchen!

Der „Germ.“ schreibt man in Bezug auf die bekannte Papstwahl-Depesche des Fürsten Bismarck aus Rom unter dem 18. Februar:

Es ist gegenwärtig in den weitesten Kreisen auf die positivste Weise bekannt, daß der Modus der Papstwahl weder heimlich, noch öffentlich abgeändert wurde. Dagegen ist es eben so positiv sicher, daß eine bisher nicht veröffentlichte Bulle Pius IX. existirt, die in Betreff der nächsten Papstwahl den Kardinälen die Autorisation ertheilt, sich von gewissen Ceremonien während des Conclave in dem Falle als gesetzmäßig dispensirt anzusehen, wenn die Umstände und die ganze Sachlage dies erfordern sollten. Das ist indessen durchaus keine Neuerung. Ähnliche Bullen sind von mehreren Päpsten hinterlassen worden, so auch von Pius VI. und Pius VII.

Die „Germania“, die bekanntlich anfänglich die Existenz einer derartigen Bulle überhaupt in Abrede stellte, findet jetzt darin „keine Neuerung.“ Die Regierungen werden dieser Ansicht wohl nicht sein, „und wenn die Kardinäle von der ihnen ertheilten „Autorisation“ Gebrauch machen, dem seiner Zeit zu begnügen wissen.“

Bezüglich der Bahnbauten auf Staatskosten berichtet der „Vrl. Alt.“: Das Herrenhaus hat in der Session 1873/74 verschiedene Petitionen der Regierung zur Ermüdung überwiesen, in welchen der Bau neuer Bahnlirien auf Staatskosten erbeten wurde. Die Regierung hat nunmehr auf alle diese Petitionen erklärt, daß es bei den zahlreichen, für Staatsrechnung unternommenen Eisenbahnbauten sich gegenwärtig nicht empfiehlt, der Frage näher zu treten, inwiefern die Eisenbahnen noch auf Kosten des Staates zur Ausführung zu bringen seien.

Deutschland.

Δ Berlin, 23. Februar. Der Vorstand der deutschen anthropologischen Gesellschaft hat an die Lehrer der höheren Unterrichtsanstalten und der Volksschulen eine Ansprache gerichtet, nach welcher zum Zweck einer genaueren ethnologischen Erforschung der gegenwärtigen Bevölkerung Deutschlands einmalige Erhebungen über die Farbe der Augen, der Haare und der Haut der Schüler in ganz Deutschland gewünscht werden. In mehreren Theilen des deutschen Reichs haben solche Ermittlungen bereits stattgefunden. Der Kultusminister hat dieselben auch nun für die preussischen Schulen angeordnet und dabei die Erwartung ausgesprochen, daß sämtliche Lehrer und Lehrerinnen im Hinblick auf die Bedeutung solcher Erhebungen gern bereit sein werden, letztere in der von dem Vorstand angegebenen Weise mit Sorgfalt vorzunehmen und die Resultate nach dem beigegebenen Schema zu verzeichnen. — Die fünf großen Weltausstellungen haben, wie eine Uebersicht der „Times“ angiebt, folgende Resultate gehabt: Die Ausstellung zu London 1851 wurde besucht von 6,039,195 Personen, die zu Paris 1855 von 5,162,330 Personen, die Londoner Ausstellung von 1862 von 6,211,103 Personen, die Pariser Ausstellung von 1867 von 8,805,969 Personen und die Wiener Ausstellung von 1873 von 6,740,500 Personen. An Eintrittsgeld wurde eingenommen 1851: 424,322, 1855: 128,099, 1862: 408,530, 1867: 420,735 und 1873: 206,478 Pfund Sterling.

Δ Berlin, 23. Februar. Die rheinisch-westfälischen Abgeordneten traten heute zusammen zur Besprechung des Regierungsvorschlages, die Verwendung der für ihre Provinzen bestimmten Dotationen bis zum Erlaß einer neuen Provinzialordnung den alten feudalen Landtagen anzuvertrauen. Nach einer längeren Debatte, bei welcher der Abg. von Bodum-Dolffs den Vorsitz führte, wurde mit sehr großer Majorität beschlossen, dahin einen Änderungsantrag zu stellen, jene Verwaltung einstweilen den Regierungen gleichsam wie eine Verwaltung von Provinzialnebenfonds zu übertragen. Klerikale Abgeordnete betheiligten sich an der Besprechung nicht. Dieselben sollen mehr Sympathie für die bisherige Verwaltung durch Provinziallandtage zeigen. — Die Provinzialordnungskommission, welche über die Vertheilung der Provinzialsteuern, ohne jedoch zu einer Einigung zu gelangen. Eine Subkommission will vorschlagen, die Provinzialsteuern auf die Kreise nach Maßgabe der direkten Staatssteuern zu vertheilen. — Zur Zeit werden den katholischen Bischöfen sowie den ihrer Leitung unterstehenden Diözesaninstituten, einer dem Abgeordnetenhaus mitgetheilten Nachweisung zufolge auf Grund der neueren kirchenpolitischen Gesetze für 110,958 Thlr. Staatszuschüsse, d. i. etwa 25 Prozent der Staatsdotations der Bisthümer einbehalten. — In Folge der neueren Bankgesetzgebung müssen alle deutschen Bittelbanken jetzt allmonatlich ihren Notenumlauf und ihren Notenbestand, nach Apoints geordnet angeben. Der zweite gestern Abend veröffentlichte Ausweis ergiebt, daß am 31. Januar Noten in Markwährung bereits zum Betrage von 81 Millionen M. (darunter inbegriffen nur 16 Millionen der Preuß. Bank) gegen 30 Millionen am 31. Dezember umliefen. Der Notenbestand in Markwährung hatte sich auch von 40 auf 79 Millionen M. gehoben. Die kleinen auf Thaler und Gulden lautenden Apoints im Werthe unter 100 M., welche bekanntlich im Laufe dieses Jahres vollständig eingezogen werden müssen, haben sich im Laufe des Monats nur von 171 auf 165 Millionen Thaler vermindert. Die Preussische Bank zeigt mit am wenigsten Ueile, die Markrechnung durch Umdruck ihrer Noten zu erleichtern.

— hr. — **Berlin, 22. Febr.** In der heutigen Provinzial-Ordnungs-Kommission wurde einige man sich über die bei Ausschreibung von Provinziallasten zu befolgenden Grundsätze. Die Vorlage nimmt ein Individualbesteuerungssystem in Aussicht. Darnach soll die Vertheilung durch Zuschläge zu den von den Provinzialangehörigen zu entrichtenden direkten Staatssteuern erfolgen. Es sollen also gleiche Grundsätze, wie bei Aufbringung der Kreissteuern gelten, nur hat die Vorlage die Heranziehung der For-

sen, juristischen Personen, des Fiskus, fortgelassen. Hiergegen machte sich allseitiger Widerspruch geltend. Es wurde inzwischen von den Vertretern der Staatsregierung erklärt, daß die Arbeiten für ein neues Kommunal-Steuerungsgesetz bereits soweit gediehen, daß dasselbe wahrscheinlich schon in der nächsten Session wird vorgelegt werden. Die Festsetzungen im vorliegenden Gesetze sind also für interimistische anzusehen. Hiernach schien Niemand geneigt, noch ein neues Steuerhystem für die Provinz einzuführen, und man sprach sich für Annahme des durch die Kreisordnung gegebenen Modus aus. Die direkte Individualbesteuerung wurde verworfen, dagegen die Kontingentierung der Quoten auf die Kreise angenommen; den Kreisen soll dann überlassen bleiben, ihre Antheile gleich Kreissteuern aufzubringen. — Es ist nicht zu leugnen, daß die Städte bei diesem Modus im Nachtheile sind; während die Kommanditgesellschaften bei der allgemeinen Veranlassung den Städten mit angerechnet werden, dürfen letztere jene Gesellschaften nicht zu den Steuern heranziehen. — Es wurde eine kleine Kommission eingesetzt, welche auf Grund der Annahme jener Prinzipien die betr. Paragraphen formuliren wird. Eine sehr wichtige Frage vom Abgeordneten H. H. an den Vertreter der Staatsregierung gerichtet, wurde von letzterem dahin beantwortet, daß die durch die Provinzialordnung festgestellte Art der Vertheilung der Steuern auch rückwirkende Kraft für ältere Provinzialsteuern haben würde.

— Wie das „Berliner Tageblatt“ erfahren haben will, ist an der auch von uns reproduzierten Mittheilung des sonst als zuverlässig und offiziös bekannten Korrespondenten der „Rheinischen Zeitung“, daß die „in Kiel stationirten Kriegsschiffe ihre Mannschaft an Bord hatten, stets bereit in See zu gehen für den Fall, daß in Folge der Gustav-Affaire das Erscheinen dieser Schiffe in den spanischen Gewässern sich als nöthig erweisen sollte, um den deutschen Genugthuungs-Forderungen Nachdruck zu geben“, kein Wort wahr. Das „Tageblatt“ fügt hinzu, daß man im Ministerium des Aeußern wie in der Admiralität auf das Höchste von der Mittheilung der „Rhein. Ztg.“ überrascht gewesen ist.

— Die uns bereits früher zugegangene Nachricht, daß auch die Montagsnummer der „Germania“ konfiskirt worden sei, wird heute von dem Blatte selbst bestätigt. Die Beschlagnahme erfolgte wegen Abdruckes des Hirtensbriefes des Bischofs von Eichstätt und zwar durch die Berliner Polizei unter Berufung auf § 110 des Strafgesetzbuches, welcher die Aufforderung zum Ungehorsam gegen Staatsgesetze mit Geldstrafen bis zu 200 Thlr. oder Gefängniß bis zu zwei Jahren bedroht. Die „Germ.“ behauptet, daß durch die Konfiskation eine Gesetzesverletzung erfolgt sei, da der angelegene § 110 in den Bedingungen der Beschlagnahme, wie sie § 23 des Reichspressgesetzes präzisirt, nicht enthalten sei. In einem zweiten „Justitia distributiva“ überschriebenen und außerordentlich leidenschaftlich gehaltenen Artikel beklagt sich die „Germ.“ darüber, daß sie allein und nicht auch die liberalen Blätter wegen Abdruckes der Enciclica verfolgt worden. Sie wendet sich auch gegen das für die Beschlagnahme geltend gemachte Moment, daß die „Germ.“ durch Sperrung verschiedener Kraftstellen den Zweck, zum Ungehorsam aufzuwachen, gekennzeichnet habe, geht jedoch darüber leicht hinweg und protestirt schließlich „gegen solchen officiösen Verrath.“

— Der „R.-Anz.“ Nr. 46 publizirt das Gesetz, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Einnahme- und Ausgaben für das Jahr 1874, vom 11. Februar 1875 und die Verordnung, betreffend die Zuständigkeit der Bezirks-Präsidenten, vom 10. Februar 1875.

Breslau, 23. Febr. Der von uns erwähnte Nachricht, daß der hiesige Fürstbischof der intellektuelle Urheber und der Erbkaiser von Paderborn der Verfasser der jüngsten Kollektivklärung der Bischöfe wäre, legt die „Schlef. Volksztg.“ folgendes kräftige Dementi entgegen:

Die „Wiener Presse“ will von bestunterrichteter Seite erfahren haben, daß der intellektuelle Urheber der jüngsten Kollektivklärung des deutschen Episkopats der Herr Fürstbischof von Breslau sei. — Wir können nach Informationen, welche wir an der hierin allein maßgebenden Stelle eingezogen haben, versichern, daß diese ganze Mittheilung von Anfang bis zu Ende erdichtet ist. 1) Es ist völlig unrichtig, daß von unserem hochwürdigsten Herrn Fürstbischof die Anregung zu jener Erklärung ausgegangen und dabei die Frage der künftigen Papstwahl als Hauptfrage bezeichnet worden sei. — 2) Eben so unrichtig ist, daß Herr Bischof von Paderborn nach erlangter Zustimmung der übrigen Herren Bischöfe mit der Abfassung des Schriftstückes betraut worden sei. — 3) Endlich ergiebt sich aus dem gesammten sehr belehrenden und überzeugenden Inhalte der Erklärung und aus ihren Gründen auf das Zweifelloste, daß es von hochwürdigsten Herren Bischöfen hauptsächlich um die Vertheidigung der kirchlichen Lehre zu thun gewesen ist.

Sterford, 21. Febr. Der Abgeordnete von Meppen sprach neulich das große Wort gelassen aus: „Unter dem Krummstabe ist gut wohnen“; er hätte aber beschränkend hinzufügen müssen: für gewisse Leute. Das bewies am vorgestrigen Tage die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Kaplan Hanwahr aus Berl bei Nittberg, die hier allgemeine Sensation erregte, nicht sowohl wegen des Anklagepunktes: Verbrechen gegen die Sittlichkeit, denn solche Anklagen werden oft erhoben und können noch weit öfter erhoben werden, als durch das grelle Licht, das sie in die Machinationen gewisser Kreise warf. Darüber berichtet die „Wes. Ztg.“ Folgendes:

Der Kaplan hatte vor mehreren Jahren mit der M. S., Tochter des Kaufmanns S., als sie bei ihm den Religionsunterricht besuchte, wiederholt, unzüchtige Handlungen vorgenommen. Als davon durchs Gericht etwas den Eltern zumal, beachteten sie die Sache nicht, jedoch, da der Umgang noch fortzubauern schien, schickten sie die

Tochter im 17. Jahre in eine Pensionsanstalt. Als sie nach einem Jahre als erwachsene hübsche Jungfrau zurückgekehrt war, setzte der Kaplan seine Bemühungen fort, richtete manchen Liebesbrief an sie und hatte mit ihr verbotenen Umgang. Da kam vor etwa 1 1/2 Jahren ein geborner Berliner aus Amerika zum Besuche herüber, der sich dort ein bedeutendes Vermögen erworben hatte. Ihm gefiel das Mädchen sehr, er den Eltern, die Verlobung fand statt, als Bräutigam kehrte er nach Amerika zurück. Einige Monate später konnte die M. S. ihren Eltern die geeigneten Umstände, in denen sie sich befand, nicht länger verbergen, sie nannte den Kaplan als Vater ihres Kindes, und der Kaplan konnte ihr gegenüber nicht mehr leugnen, fing aber jetzt schon an, seine Geliebte auch des Umganges mit Anderen zu bezichtigen. Der Vater machte eifrig dem Amerikaner Anzeige, ihm das Weitere überlassend; dieser, der die Gefinnung des Kaplans auch an sich bei seiner Anwesenheit erfahren hatte, denn damals hatte aus Eifersucht der Kaplan in Kanzelpredigten vor gemeinen Menschen, Dieben u. s. w. gewarnt, die, arm nach Amerika gegangen, reich geworden, man wisse nicht wie, heimkehrten und prahlten, so daß Jedermann in Berl. den Gemeinen erkannte. Der Amerikaner, verliebt in seine Braut und ihr nicht die Schuld beimesend, kam sofort herüber und holte sich die M. S. als sein Weib. Kaufmann S. ersuchte nun, da das Unglück sich doch nicht ändern lasse, den Kaplan S., sich von Berl. versetzen zu lassen, damit er nicht mit dem Verfälscher seiner Tochter zu verkehren genötigt sei. Der Kaplan befruchtete sich nicht daran. Der Kaufmann machte Anzeige beim Dekanaten R.; dieser ver sprach Aenderung; es wurde aber nichts anders. Da beag sich S. zum Domherrn Peine nach Paderborn; dieser hatte ebenfalls begünstigende Worte bereit. Monat und Monat verging, da vernahm zufällig S., der Kaplan sei damit bestraft, daß er 14 Tage lang bei einem anderen Geistlichen in Kost gewesen sei, dort geistliche Exerzizien getrieben und gelobt habe, 14 Tage lang kein Messopfer darzubringen. Inzwischen haben sich für ihn selbst schon die Folgen seiner Kühnheit fühlbar gemacht (gegen einen Geistlichen, wenn er auch der Zerstörer der Ehre eines Hauses war, vorgeschritten zu sein, obgleich sich keine mildere Form erdenken ließe. Er war plötzlich wie von unsichtbaren Schürichtern in den Damm getban, der Altruismus ringum hatte die Gemüther bearbeitet, erst dieser, dann jener zog sich von ihm zurück, man erwiderte seinen Gruß nicht, man durfte von ihm nicht kaufen, sein Gesicht war mit vollständigem Untergange bedroht, er wäre von Berl. fortgezogen, hätte er gleich einen Käufer für seinen Besitz gefunden. Die Verzeihung trieb ihn endlich zur Anzeige beim Staats-Anwalt; die Anzeige richtete sich, worauf allein geklagt werden konnte, gegen die Vorfahren an dem Kinde verübte Unthat. Gegen die achtbare Familie liefen während der Untersuchung falsche anonyme Denunziationen beim Staats-Anwalt ein. Sie machten denselben unangenehmen Eindruck, wie die Bemühungen einzelner Entlastungszeugen gegen die unüberleglichen Belastungszeugen. Der Angeklagte wurde von den Geschworenen einstimmig für schuldig erklärt und vom Gerichtshof zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Das hatten die Bauern in Berl. nicht erwartet, die in der Gewissheit der Freisprechung ihres Kaplans um Erlaubnis des Hauses einer Ehrenpforte für den heimkehrenden Märtyrer eingekommen waren. Die Lage des Kaufmanns war bedroht genug gewesen, die Behörde hatte schon die Nothwendigkeit erwogen, ihn durch Militär schützen zu müssen. Die Entlastungszeugen hatten die schließliche ernste Warnung des Staatsanwalts an sie nötig gemacht, mit dem unschuldigen adligen Kaufmann fortan in Frieden zu leben.

Koblenz, 19. Febr. [Verhaftung von Banknoten-fälschern.] Die hiesige Polizei war von auswärtig darauf aufmerksam gemacht, daß sich in Koblenz mehrere Personen aus dem Nassauischen aufhalten sollten, die nach allen Richtungen hin verdächtige Personen gegen 25 Tblr. hartes Geld 100 Tblr. gefälschte Kassenscheinanweisungen angeboten hätten. Die forschriftlichen Recherchen führten gestern nun zur Verhaftung von fünf Personen aus Hadamar und Umgebung, bei denen denn auch eine Menge falscher Kassenscheinanweisungen zu 5 Tblr. und preussische Banknoten zu 10 Tblr. vorgefunden wurden. Das Fälschertum war herlich schlecht. Zwei der Verhafteten sind Bergleute, einer von ihnen ein Schneider. Letzterer trug ein Doppelterzerol mit dem gebräuchlichen Monogramm bei sich. (Etbl. Bz.)

Karlsruhe, 20. Februar. Dieser Tage ist von der Strafkammer zu Freiburg ein Vikar Weiskemberger wegen Erpressung zu 3 Monate Gefängnis verurtheilt worden. Derselbe hatte, schreibt das „Frl. 3.“, einen Bürger, welcher ihn beleidigte, zu sich beschiednen und unter Androhung, daß er ihn sonst in das Zuchthaus bringen würde, bestimmt, eine Schuldurkunde von 60 Gulden zum Besten der Kirche — Stiftung eines neuen Messgewandes — zu unterschreiben.

München, 21. Februar. Der „Deutsche Merkur“ bemerkt, es sei auffallend, daß die bayerischen Bischöfe die bekannte Kollektivklärung des deutschen Episkopats bezüglich der Papstwahldepesche erst im Monat Februar, die übrigen bereits im Januar unterschrieben haben und schreibt:

Nach einer uns zugehenden Notiz wäre dies dadurch zu erklären: daß die bayerischen Kirchenfürsten anfangs überhaupt nicht mitunterschreiben wollten, dann aber auf wiederholtes Anbringen ihrer bischöflichen Kollegen erklärten: sie müßten jedenfalls erst das Loos ihrer Eingabe an König Ludwig II. betreffs der Zivilehe abwarten. Als bekannt wurde, daß diese einfach an den Papstminister hinküß gegeben worden war, hätte dann der neuernannte römische Friedens-

bote Bianchi energisch die Mitunterzeichnung verlangt. Wir geben diese Notiz mit aller Reserve; von anderer Seite betätigt es: lediglich die anfängliche Weigerung eines der rheinischen Bischöfe hätte den Ausschlag bewirkt.

Strassburg, 20. Februar. Das Amtsblatt des Direktoriums der Kirche Augsburg. Konfession veröffentlicht folgendes Zirkular an die Pfarrer:

Strassburg, den 9. Februar 1875.
Daß zur Zeit bei der Fürbitte für die Obrigkeit verschiedene Formeln im Gebrauch stehen und Einförmigkeit in dieser Hinsicht unerlässlich ist, hat das Direktorium in seiner heutigen Sitzung beschlossen, daß fortan besagte Fürbitte in das sonntags- und festtägliche Kirchengeschehen in folgender Fassung aufgenommen werden soll:

Segne und schütze das Deutsche Reich und unsern Kaiser Wilhelm! Segne und schütze unser theures Elsaß-Lothringen und alle unsere Obergerichte!

Wo in französischer Sprache Gottesdienst gehalten wird, ist folgende Formel zu gebrauchen:

Protège, Seigneur, l'Empire allemand! Protège et bénis l'Empereur Guillaume! Sois avec notre chère Alsace-Lorraine et bénis toutes nos autorités!

Indem wir diese Beschlüsse dem Herrn Pfarrer hiermit zur Kenntnis bringen, ordnen wir an, daß derselben, vom 28. Februar d. J. ab, Folge geleistet werde.

Der Präsident des Direktoriums:
Kraß.

Oesterreich.

Wien, 20. Februar. Die harten Summen, meist aus den Taschen der ärmeren Klassen, welche alljährlich unter der Firma des Peterspfennigs auch von Oesterreich aus nach Rom fließen, um dort ganz anderen Zwecken als dem Unterhalt des „nothleidenden“ heil. Vaters zu dienen, sind die Veranlassung zu einem im Wiener Gemeinderath gestellten Antrag geworden, daß die Regierung den permanenten Auforderungen zu neuen Geldspenden ein Ziel setzen möge. Der Antrag qualifiziert die betreffenden Sammlungen als „unbefugten Vettel.“

Wien, 22. Februar. Der Kaiser ist gestern nach Pest gereist, um der Entzündung der Krise persönlich nahe zu sein. Wann die letztere soweit gediehen sein wird, daß die Frage der neuen Minister zur Lösung an die Krone herantreten, ist aber noch garnicht abzusehen. Die Konferenzen der Parteiführer bei Sclay sind allerdings sehr glatt abgelaufen, aber nur deshalb, weil man die Differenzpunkte zu berühren sich wohl gehütet hat, und die pester Journale von gestern gestehen unumwunden, daß die Parteifusion nicht um einen Schritt vorwärts gekommen ist. Das radikale Hauptorgan, der „Pester Lloyd“, betont in seinem letzten Leitartikel, daß jedes Ministerium, mag es welche Finanzmaximen immer befolgen, mit der Bannung der Finanz-Misere seine liebe Noth haben wird. Werden neue Mittel nicht beschafft, dann tritt die Insolvenz, der Staatsbankrott ein. — Die Kaiserreise nach Dalmatien, die übrigens jedenfalls weiter hinausgeschoben wird, als anfangs in Aussicht genommen war, dürfte den erwünschten Anlaß bieten, den längst beabsichtigten Gegenbesuch des Kaisers bei dem König Viktor Emanuel zu verwirklichen. Der Kaiser wird, wie verlautet, von Pola aus und geleitet von einem dort ausgerüsteten Geschwader, mit dem König in Brindisi zusammentreffen und dann möglicher Weise an seiner Seite Neapel besuchen. — Spannungsvoll erwartet ganz Wien das Verdict, welches die Geschworenen über Ofenheim zu fällen haben. Noch nie hat ein Prozeß die allgemeine Aufmerksamkeit dieser Hauptstadt so ganz ausschließlich auf sich gezogen, als diese Monstre-Verhandlungen gegen den ehemaligen Generaldirektor der Lemberg-Gesamtwitzer Eisenbahn. Und dennoch scheint dies erst der Anfang vom Ende. Denn wie der Staatsanwalt in seiner Duplik erklärte, „ohne das Amtsgeheimnis zu verletzen“, ist schon wiederum eine strafgerichtliche Untersuchung gegen ein von Ofenheim gegründetes und von der Anglobank finanziertes Unternehmen gegen die famose galizische Bergwerksgesellschaft „Kalusy“ eingeleitet. Nach Allem, was über diesen Gegenstand bekannt geworden, ist in der betreffenden Bergwerks-Unternehmung das wahre Prototyp des richtigen Gründungs-schwindels namentlich auf Grund eines betrügerischen Prospektus in die Erscheinung getreten und für die Aufgabe, welche die Staats-anwaltschaft sich gestellt, die wirtschaftliche Sondirung Oesterreichs vom Gerichtssaale aus“ stehen ereignisreiche Tage bevor. Schon hört man in gewissen Kreisen, vorerst noch im drohenden Flüster-ton, die Worte umgehen: „Wenn solche Prozesse für Oesterreich zur regelrechten Institution werden, dann verlassen wir lieber ein Land, welches sich für jenen wirtschaftlichen Aufschwung so wenig dankbar erweist, den wir ihm verschaffen haben.“ Es ist indeß fraglich, ob diese Dro-

hung einer Auswanderung des glühenden und unternehmenden Kapitals genügen dürfte, um den erhabenen Arm des Strafrichters machtlos fallen zu machen.

Prag, 20. Februar. Die Fürstin Hanau ist heute nach Kassel abgereist, um dort vorläufig ihren Aufenthalt zu nehmen. Der deutsche Kaiser hat sämtlichen kurfürstlichen Beamten und Dienern, welche vor 1866 angestellt waren, ausgenommen den in contumaciam verurtheilten, eine volle Pension bewilligt.

Frankreich.

Paris, 22. Febr. Der von Paul de Cassagnac redigirte „Pays“ ist heute mit Beschlag belegt worden, und zwar wegen eines Artikels, an dessen Schluß es heißt: „Macht die Republik oder nicht: im Grunde genommen ist es uns gleichgültig. Man kann das, was unvermeidlich ist, verzögern, nicht verhindern; aber welches Unglück, daß der Marschall nicht zustimmt!“ — Die in Melun erscheinende Zeitung „Le Travail de Seine-et-Marne“ ist wegen heftiger persönlicher Angriffe gegen den Marschall Mac Mahon, die sie sich in einer biographischen Skizze erlaubt hatte, durch Befehl des Kommandirenden der 5. Armee-division, Generals Dabaille, unterdrückt worden.

Sedan wird eine offene Stadt und soll schon nächsten amtlich von der Liste der Landesfestungen gestrichen werden. In diesem Augenblicke werden die alten Festungswerke abgetragen und die kleinen Forts, welche die Stadt beengten, demolirt. Das Schloß soll als historisches Denkmal erhalten bleiben: Turenne wurde darin geboren.

Ein hiesiger Korrespondent der „Köln. Bz.“ schreibt seinem Blatte folgendes: „Aus der „Ball Mail Gazette“ ist in hiesige Blätter die telegraphische Nachricht übergegangen, der Fürst Hohenlohe sei dazu anserhen, als Vizekanzler des Deutschen Reichs dem Fürsten Bismarck seine laufenden Geschäfte abzunehmen. Ich habe an maßgebender Stelle Erkundigungen eingegeben und Nichts erfahren, was für die Richtigkeit jener Nachricht spräche. Dieselbe läßt im Gegentheil, vielleicht nicht ganz ohne Absicht, die wirkliche Sachlage außer Augen. Es ist thatsächlich nicht abzusehen, weshalb ein solches Amt für den Fürsten Hohenlohe geschaffen werden sollte. Der Reichskanzler hat in seiner Umgebung Vertrauensmänner, welche schon wiederholt in Verhinderungsfällen Theile seiner Arbeit übernommen haben, und die Praxis hat gezeigt, daß diese Art der Geschäftsführung vollkommen guten Erfolg hat. Es ist also kein Grund vorhanden, weshalb sie geändert werden sollte. Andererseits hat Fürst Hohenlohe gerade in Paris einen wichtigen Wirkungskreis, der seine Thätigkeit vollaus in Anspruch nimmt. Er würde also wohl auch selbst gegen einen Wechsel seiner Stellung erhebliche Bedenken haben. Die ganze Nachricht der „Ball Mail Gazette“ trägt sonach den Charakter innerer Unwahrscheinlichkeit; dies paßt recht gut dazu, daß die „Ball Mail Gazette“, als ein Blatt, mit welchem bekannter Mafsen innere und äußere Reichsfeinde in Verbindung stehen, schwerlich Gelegenheit hat ihre Nachrichten über deutsche diplomatische Verhältnisse aus den am nächst beteiligten Kreisen zu schöpfen.“

Parlamentarische Nachrichten.

* In die Kommission zur Vorberathung des Entwurfs einer Verfassung sind gewählt die Abgeordneten Douglas, Worzewski, Schybel, Kummert, Niederschubhard, Dr. Krebber v. d. Holtz, von Lukomski, Wojczewski, Dr. Braun-Waldenburg, Strube, Dittom, Wiffelind, Hamkens, Bogach, Graf Schod, Greager, Löwenheim, Nolte, Bickel, Dehlig, Gildbrand, Graf Heydau-Cormons, Franßen, Graf von Schmiesing-Kerssenbrock, v. Hagfeld, Dr. Lucius, von Gofrus, Schneider, von Wedel-Behtingsdorf. Vorsitzende sind: Braun, Lucius, Schriftführer Kummert, Nolte. In die zur Vorberathung des Entwurfs eines Gesetzes über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden sind gewählt die Abgeordneten Dr. Behr, Allnoch, Windthorst, Belder Clauswitz, Bischoff, Dr. von Ebel, Kanniefer, Dr. jur. Gneist, Schramm, Schröder, Pfeiffer, Dr. Behrenspennitz, Dr. von Cunn, Jung, Dr. Pieber, Dr. Brühl, Dautenberg, Hauke, Stas, Ruffam. Vorsitzende sind Kanniefer und Pfeiffer, Schriftführer: Pfeiffer, Hauke. — Für den extralegalen Abg. Dr. Paster ist in die Budget-Kommission der Abg. Dr. Kopp, in die Provinzialordnungs-Kommission der Abg. Piehn gewählt.

Sechster Kongreß deutscher Landwirthe.
Berlin, 23. Februar.

II.
Gegen 10 1/2 Uhr Vormittags wurde die heutige Sitzung wieder eröffnet und zunächst zur Verathung, betreffend: „Zweck und Wirkungskreis des Kongresses“, geschritten. Graf v. Hedwig Trübschler (Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin) sprach:

„Ich wurde von einem fast gleichalterigen armen Jungen mit den Worten angebetelt: „Schonen Sie mir eine kleine Gabe, ich bin so sehr unglücklich. Schnell griff der Knabe in die Tasche und reichte dem Betreffenden ein Geldstück, fügte aber hinzu: „So sehr unglücklich bist Du übrigens nicht; Du brauchst doch wenigstens nicht zu lernen und hast keine Gouvernante.“

Die Stangenische Gesellschaftsreise nach dem Orient ist nun angetreten worden. Das auswärtige Amt des deutschen Reichs hat die Vertreter des Reichs im Orient ersucht, Herrn von Stangen zu unterstützen. Derselbe hat übrigens die Absicht, den Reichs-Reisenunternehmungen wiederum bedeutend zu erweitern und im Herbst eine Reise nach Südrussland und Tunis, im nächsten Frühjahr eine Reise nach Spanien, sofern die Ruhe dort hergestellt ist, und 1876 eine Expedition zur Weltausstellung nach Philadelphia mit Ausfluß nach San Francisco (Kalifornien) zu unternehmen.

Die Agitation gegen die hohen Fleischpreise dauern fort. — Von Seiten des Draniensburger Thor-Viertel-Vereins wurde mitgetheilt, daß der erste Verkaufstag bei dem am 22. eröffneten Fleischhallen alle Erwartungen übertroffen hat. Man darf das Quantum des verkauften Fleisches wohl auf einige Tausende Brund annehmen. Alseitia sprach man sich lobend über die Qualität des Fleisches und über die zuvorkommende Behandlung Seitens der Schlächter aus. Es ist nur zu bedauern, daß bei dem kolossalen Andränge Viele unbefriedigt weggehen mußten. Der Vorwand hat bereits Vorbebrungen getroffen, daß fortan eine bedeutend schnellere Abfertigung stattfinden und daß namentlich die Bestellungen prompt effectuirt werden. Es ist in Aussicht, innerhalb des Bezirks noch einige Verkaufsstellen zu errichten.

Im übrigen sind jetzt Fleisch-Konfiskationen auf den Wochenmärkten an der Tagesordnung. Am Sonnabend wurde auf dem Dönhofsplatz ein nicht unbedeutender Posten von einem hiesigen Konsumverein bereits gekauftes Fleisch als ungenießbar polizeilich beschlagnahmt, zunächst nach der Marktpolizeibude und sodann nach dem Polizei-Bräuhum geschafft, wo es zum Einscharren bestimmt wurde, weil bei der Befichtigung sich herausgestellt, daß dasselbe theils von ungebornen Rälbern herrührte, theils völlig verdorben war.

Interims-theater.

Drittes Gastspiel des Herrn Carl Mittell.

Was Scribe's bekanntem Lustspiel „Feenbände“ einen so nachhaltigen Erfolg verschafft hat, ist wohl in erster Linie die der Gegenwart sympathische Tendenz. Eine Herzogin, welche nicht ihrer Stellung gemäß zu leben vermag, wird zur Arbeiterin und gewinnt in des Wortes eigentlicher Bedeutung durch die Arbeit ihrer Hände, was andere Frauen ihres Ranges eo ipso besitzen. Das Drama erscheint überhaupt als eine Vertheidigung und Verherrlichung der Arbeit, insbesondere der Frauenarbeit, und dieser Umstand vorzüglich hat ihm eine große Zahl von Freunden gewonnen. Die künstlerischen Qualitäten sind gleichfalls nicht unbedeutend, wie sich das bei einem so gewiezen, erfahrenen Dramatiker von selbst versteht, namentlich ist die Charakteristik von bemerkenswerthester Schärfe.

Herr Mittell hatte am Dienstag keine dominirende, sondern eine episodische Rolle darzustellen. Richard v. Kerbriand, der Freund des gräflichen Hauses Lesneve, hält sich immer in gewisser Entfernung, er wird zwar in die Verhältnisse der Familie eingeweiht, aber er hat keine maßgebende Entscheidung. Ein einziges Mal, im dritten Akt, tritt er mehr in den Vordergrund, indem er die von ihrer eigenen Familie ihrer Arbeit wegen verhöhte und verdächtige Herzogin Helene lebhaft vertheidigt. Dem ungeachtet ist Kerbriand eine interessante — und neben Helene die anständigste Figur des Dramas. Es hat dem Dichter gefallen, ihn mit einem körperlichen Gebrechen zu befallen; er stottert, ohne daß man den dramatischen Grund einsieht. Wollte Scribe nur eine komische Wirkung dadurch erzielen, so hat er diesen Zweck gewiß erreicht, nur ist dieser Zweck kein ausreichendes dramatisches Motiv. Wie dem nun sei — jedenfalls findet die Rolle durch Hrn. Mittell eine Vertretung, wie sie sich der Dichter nicht besser wünschen kann. Der Künstler weiß die großen Klippen, welche ihn drohen, nicht nur äußerst geschickt zu umgehen, — seine Darstellungsweise verdeckt sie sogar ganz. Sein Kerbriand stottert — aber es berührt durchaus nicht unangenehm. Es macht den Eindruck, als wäre daran wirklich mehr die Schüchternheit

Kerbriands als ein organischer Fehler schuld. Und welche Liebesswürdigkeit weiß ihm der Künstler zu verleihen! Mit welcher Ergebung findet er sich darin, daß man oft — wenn auch unbedeutend — über ihn lacht! Daß es ihm nebenbei nicht an Eleganz, an wirklich weltmännischer Tournaire gebricht, sei als etwas Selbstverständliches nebenbei erwähnt. Naturgemäß war die bereits erwähnte Scene im dritten Akt, wo Kerbriand für Helene eintritt, auch der Glanzpunkt der Darstellung des Gastes. Die Art, wie hier das „Universalmittel“ behufs Erzielung eines fünfminutenlangen fließenden Sprechens angewandt wurde, konnte ihre ergögliche Wirkung nicht verfehlen.

Frl. Schenk spielte die Herzogin mit erstklassiger Hingabe und namentlich in den Scenen, wo das sentimentale Element überwiegt, mit großer Wahrheit. Neben ihr ist noch Frau Lanius (Gräfin Lesneve) und Herr Windt zu erwähnen, der sich mit dem Grafen Trübschler im Ganzen zufriedenstellend abfand. Leider hat der junge, im übrigen strebsame Künstler wenig Glück in der Wahl seiner Masken.

E.

Aus Berlin.

Hut ab! — im Theater. Dies ist die Lösung, welche, von Herrn v. Hülsen ausgehend, in der ganzen Herren- und Damenwelt Widerklang findet, in letzterer da, wo man für sein Geld und auf Unkosten einer allzu hohen Figur, die man selber nicht trägt, nicht gern auf den Anblick der Bühne verzichten will. Nicht so dachte eine Dame, welche kürzlich in der höchsten Weise von einem hinter ihr sitzenden Herrn aufgefordert wurde, den Hut abzunehmen, da dieser ihm die Bühne ganz verdeckte. Sie antwortete einfach nicht darauf und folgte auch nicht einer zweiten dringenden Bitte. Da flüsterte ihr der Herr während der Scene ins Ohr: „Meine Dame, wenn Sie den Hut doch nicht abnehmen, paßirt etwas Unangenehmes für Sie.“ — Wieder hartnäckiges Schweigen. — Da seht sich der Herr einfach seinen Hut auf den Kopf, aber sofort erklangen von hinten die Rufe: „Hut ab! — Hut ab!“ — Die Dame wird roth und blaß, sie glaubt nicht anders, als die Rufe gelten ihr, und mit Hast reißt sie sich den Hut vom Kopf, worauf der Herr ihr einen leisen Dank zuflüstert.

Ein kleiner, vornehm gekleideter Knabe von 6—7 Jahren ging neulich an der Hand seiner Gouvernante im Thiergarten spazieren

brau) äußerte sich hierüber ungefähr folgendermaßen: der Kongreß ist der Anhaltspunkt nicht bloß aller theoretischen, sondern auch aller praktischen Rathens und Schaffens der deutschen Landwirthe. Er (Kedner) rekurrierte auf die Vorschläge des Herrn v. Benda-Rudow. Der Landwirtschaftsrath sei aus dem Kongresse hervorgegangen und würde wohl ohne den Kongreß bestehen können, allein er würde alsdann sehr bald einem bloßen Offizierkorps gleichen. (Bravo.) Er (Kedner) glaube, daß der Kongreß sehr gut mit dem Landwirtschaftsrath Hand in Hand gehen könne. Man mache dem Kongreß den Vorwurf der Mandatlosigkeit, nenne sie wohl gar „zusammengelaufene Gesellschaft.“ (Heiterkeit.) Nun, wer berechtigt die landwirtschaftlichen Vereine zur Mandatirung des Landwirtschaftsrathes? Von seinem (des Kedners) Standpunkte haben jedoch die Mitglieder des Landwirtschaftsrathes, als auch des Kongresses ein legales Mandat, das ist das Mandat der Pflicht. (Bravo.) Der Kongreß wurde mit Ausschluß aller einseitigen politischen Ziele die Ausbildung des Einzelnen und dies erbeide die Vereinigung der Massen. Der Kongreß habe ferner den Zweck und wohl auch die Befähigung, landwirtschaftliche Interessen zu beraten, gegenständig gemachte Erfahrungen auszutauschen, soziale Vorkämpfe aufzuweisen und dieselben möglich zu befähigen. Allerdings erstrebe dieserhalb der Kongreß Einfluß auf die Gesetzgebung zu erlangen, alle Massenbevorzugung auszuüben, gleiches Recht für Alle zu schaffen, eine Reform des deutschen Schulwesens zu bewirken. Dies seien weder hirnberbrannte utopistische, noch „grau-mittelalterliche“ Theorien, für die doch gewiß die verschiedenen politischen Parteien fröhlich zusammenwirken können. Nur diejenige Partei, die unter dem Dämmerlicht der landwirtschaftlichen Interessen ihre eigenen politischen Zwecke verfolgte, vermöge bei derartigen Reformbestrebungen nicht heilbringend mitzuwirken. Nicht Ueberordnung, sondern gehörige Einordnung der landwirtschaftlichen Interessen in die politischen sei das Bestreben des Kongresses. Er (Kedner) empfehle schließlich im Interesse des allgemeinen Gedeihens: bestes freundschaftliches Einvernehmen mit dem deutschen Landwirtschaftsrath. (Lebhafter Beifall.)

Ober-Appellationsrath a. D. v. Penthe-Penthe: Schon der preussischen Institutionen wegen sei das Fortbestehen des Kongresses eine dringende Nothwendigkeit. Die Landwirthe haben weder in der Gesetzgebung, noch in der Presse, zum Theil allerdings auch aus Mangel an Verständnis für die Sache, eine geeignete Vertretung.

Das Landes-Ökonomie-Kollegium, dessen Mitglied er (Kedner) sei, habe sich einmal behufs Entscheidung einer wichtigen Frage an das Ministerium gewandt. Dieses habe auch bereitwilligst einen Geheimen Rath entsendet und letzterer habe für die Beibehaltung der doch ganz unangenehmsten Stempelsteuer plaidirt, da die Fonds des Finanzministeriums sonst zu großen Schäden erlitten würden.

St.-Dr. Richter Willmann (Berlin): In allen Zweigen der Gesetzgebung werde die Großindustrie auf Kosten der Landwirtschaft bevorzugt. Das Gutachten Laßer's bezüglich der Hypothekenordnung sei das beste Zeugnis hierfür. Ebenso wie der Kapitalist müsse auch der Landwirth für die Vertretung seiner Interessen in der Presse wirken. Der Kapitalist lese die Börsenblätter, ohne Rücksicht darauf, ob sie seinen politischen Anschauungen entsprechen; die Hauptsache sei die Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen. Er (Kedner) empfehle den Landwirthen die „Deutsche Landes-Zeitung.“

Caplan-Carloma wandle sich insbesondere gegen die bezüglich des landwirtschaftlichen Kongresses gemachten Ausführungen des Abg. E. Richter im Abgeordnetenhaus. Der Kongreß werde von allen Seiten angefeindet. Der Knabe Karl scheine in gewissen Kreisen fürchterlich zu werden. Er kämpfe mit den Waffen der Gerechtigkeit und sei daher unbesiegbar. (Bravo!) Mit diesen Waffen werde er siegen, selbst gegen das preussische Abgeordnetenhaus. (Bravo!)

Frhr. v. Dr. Wadenhoff: In Süddeutschland theile man die Ansicht der hier Versammelten vollständig. Nur sei es nothwendig, den Kongreß zu einem wandernden zu machen und denselben auch einmal in Süddeutschland abzuhalten.

An der Debatte betheiligten sich noch die H. Kennemann, von Rängsdorf, Anders und v. Dieß-Daber, dann werden die Anträge des Ausschusses ohne Aenderung angenommen und beschlossen, die Debatte soweit sie bisher geführt worden, in einem Separatabdruck nach den stenographischen Aufzeichnungen verbreiten zu lassen und sie namentlich den landwirtschaftlichen Vereinen zu übersenden, um hier ein besseres Verständnis der Ziele des Kongresses zu bewirken.

Die übrigen Anträge des Ausschusses rufen zwar noch eine längere Diskussion hervor, die jedoch von weniger prinzipieller Wichtigkeit ist. Sie werden schließlich angenommen und nur dahin einer Aenderung unterworfen, daß die Wahl des Vorstandes von den ständigen Mitgliedern u. auf die Dauer eines Jahres vorgenommen werden soll; auch wird dem Ausschuss die Berechtigung ausgesprochen, seine ordentl. Versammlungen auch an anderen Orten als in Berlin abzuhalten. — Die Vorschläge des Ausschusses gingen dahin, daß dem Kongreß überlassen bleiben soll, seine Plenarsitzungen abwechselnd in Nord- und Süddeutschland abzuhalten. Endlich wurde noch an Stelle des erkrankten Herrn v. Wedell-Beckingsdorf der Graf Bedlig-Trübschler zum ersten Vize-Präsidenten des Kongresses gewählt.

Tagesübersicht.

Posen, 24. Februar.

Das Abgeordnetenhaus diskutierte gestern den Gesetzentwurf über die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst und überwieß denselben auf Antrag des Abg. v. Bonin an eine Kommission. Der Entwurf will, wie es früher in Preußen Sitte war, eine besondere Art der Vorbildung und besondere Prüfungen für die Verwaltungsbeamten, insbesondere auf Grund eingehender Beschäftigung der Kandidaten mit den staatswissenschaftlichen Fächern und eines Vorbereitungsdienstes bei Administrativbehörden einrichten. Nach der Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission wurde bei der Weiterberatung des landwirtschaftlichen Etats der Antrag Sybel angenommen, wonach für die landwirtschaftlichen Mittelschulen der Unterricht in nur einer fremden (lebenden) Sprache schon das Freiwilligenrecht bedingen soll, leider ohne daß der Minister Aussicht auf Annahme dieses Grundsatzes seitens der Reichsschulkommission machen konnte. Ueber die Verbindung oder Nichtverbindung der landwirtschaftlichen Akademien mit den Universitäten wurde weiter diskutiert, ohne daß eine von beiden Auffassungen durch die dafür vorgebrachten Gründe das Uebergewicht über die andere erlangt hätte. Die Debatte wandte sich nun dem Justizetat zu und befand sich, Dank dem Abgeordneten Dr. Lieber, alsbald mitten im „Kulturkampf“. Demselben kam es darauf an, das Reskript an die Oberstaatsanwaltschaften zu geisteln, das, kurz nach dem Kallmann-Attentat, zu strengster Ueberwachung der katholischen Vereine und speziell der römisch gesinnten Presse aufforderte. Lieber begreift nicht, weshalb ausschließlich die katholischen Organe verfolgt werden; er will strenge Handhabung des Gesetzes, aber gleiches Recht und gleiche Behandlung für Alle. Jung und der Bielefelder Windthorst begreifen dagegen nicht, wie das Zentrum den Muth zu solcher Beweise haben kann, da doch notorisch die ultramontane Presse ihre destruktive Tendenz offen zur Schau trägt. Dr. Leonhardt führt diesen Gedanken weiter aus und erklärt anlässlich der letzten Beschlagnahme der „Germania“, welche er als durchaus korrekt bezeichnet, daß ein großer Unterschied darin bestehe, in welcher Weise eine Zeitung ein historisches Attentat, wie z. B. die letzte Encyclica des Papstes, veröffentliche. Auch über ein anderes Reskript, wonach die Vermögensverhältnisse der Justizbeamten einer gewissen Kontrolle unterstellt werden, läßt Dr. Leonhardt sich aus. Er beruhigte das Haus mit der Versicherung, die

Justizverwaltung ließe bei dieser Kontrolle nur durch Wohlwollen gegen ihre Beamten sich leiten, und der Minister überzeuge aufscheindend die Majorität allerdings.

Am den üblen Eindruck der Broschüre des jugendlichen Erzherzogs Johann Salvator (die bekanntlich den Anschluß Oesterreichs an Rußland beschränkt, um sich vor den Eroberungszuständen Preußens zu schützen) auszuweichen, hat, wie man der „Magd. Z.“ aus Berlin schreibt, der Kaiser von Oesterreich verfügt, daß ein Mitglied des Erzhauses, und zwar Niemand anders, als Erzherzog Albrecht, der bisher gerade für den Mittelpunkt der anti-Deutschen Partei in Wien galt, dem Berliner Hofe einen Besuch abstatten, um denselben der unwandelbaren freundschaftlichen Gesinnungen Oesterreichs zu versichern. Unser Kaiser hat diese Anzeige mit ungemeiner Befriedigung aufgenommen.

Nachdem die französische Nationalversammlung vorgestern Artikel 1 des Wallon'schen Senatsgesetzes angenommen hatte, war voranzusehen, daß die Vorlage überhaupt durchkommen würde. Dies ist denn auch nach einem Telegramm unseres heutigen Mittagsblattes (bis auf Artikel 5) geschehen. Ist nun aber auch anscheinend etwas erreicht, so bleibt die Koalition Broglie-Gambetta doch eine so wunderbare, daß man mit Recht Zweifel in ihren Bestand setzen kann. Die Orléanisten sind mit der Lösung äußerst zufrieden. Der Bonapartistenfürst, welche sie an das Herz der Republikaner getrieben, sind sie ledig und mit dem neuen Bundesgenossen werden sie schon fertig werden. „Lieber die gambettistische Republik als das Kaiserreich“ soll der Graf von Paris geäußert haben. Man wird ja sehen! Interessant ist eine zweite pariser Nachricht, derzufolge der General von Wimpffen gegen das Erkenntnis der pariser Geschworenen, welches Herrn Paul von Cassagnac freisprach, die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt hat. Der General gründet seinen Refus, wie man jetzt erfährt, auf einen eigenthümlichen Formfehler: Der Schwurgerichtshof hat, indem er Paul de Cassagnac und den Giranten des „Pays“, Herrn Biel, freisprach, ganz vergessen, über den dritten Angeklagten, der gar nicht erschienen war, nämlich über Herrn Paul de Léoni, einen untergeordneten Mitarbeiter des bonapartistischen Blattes, welchen der General Wimpffen ebenfalls belangt hatte, zu erkennen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 24. Februar.

r. Der für die ländlichen Ortschaften des Reg.-Bezirks Posen angeordnete Modus der Erhebung sämtlicher, in monatlichen Raten fälligen direkten Staatssteuern, sowie der Domänen-, Amortisations- und Rentenbanken-Renten in mehrmonatlichen Terminen ist nach einer Bekanntmachung der I. Regierung vom 15. d. M. auf Grund des Artikels IV. des Klassensteuer-Gesetzes vom 25. Mai 1873 vom laufenden Jahre ab auch auf die Städte des Reg.-Bezirks Posen, mit Ausschluß der Stadt Posen, ausgedehnt worden. Den Steuerpflichtigen der Stadt Posen ist von demselben Zeitraum ab eine dreimonatliche d. h. im Sinne des Gesetzes in jedem dritten Quartalsmonate erfolgende Erhebung der in Rede stehenden Steuern und Renten versuchsweise nachgelassen worden.

— Der Regierungs-Schulrath Hielscher, bisher Rektor der hiesigen städtischen Mittelschule, verläßt morgen Posen, um sein neues Amt bei der Regierung in Arnberg zu übernehmen.

r. Das Vermögen der erledigten katholischen Pfarrstellen zu Cerekwica (Kr. Pleschen) und zu Betsche (Kr. Miesitz) ist auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 21. Mai 1874 wegen Deklaration und Ergänzung des Gesetzes vom 11. Mai 1873, über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen vom Oberpräsidenten mit Beschlag belegt und für die Pfarrstelle zu Cerekwica der Bürgermeister Wolff zu Borek, für die zu Betsche der dortige Distrikts-Kommissarius Bothe beauftragt worden, das Vermögen bis zur gesetzlichen Wiederbesetzung der Stelle, bez. bis zur gefestigten Einrichtung einer einstweiligen Vertretung für Rechnung der Stelle zu verwalten.

— Aus Neustadt b. P. geht dem „Kurier Poznański“ die telegraphische Nachricht zu, daß der dortige Propst und Dekan Hebnowski heute verhaftet und nach Grätz in das Kreisgerichtsgefängnis abgeführt worden ist. Der ultramontane Moniteur giebt den Grund der Verhaftung des Dekans nicht an, doch erinnern sich unsere Leser, daß der Propst wegen verweigerter Aussage in Betreff des geheimen Delegaten von dem Kreisgericht in Grätz zu 50 Thln. Geldstrafe verurtheilt worden war und sich hatte pfänden lassen. Wägbare Weise hat der Erbs aus den gepfändeten Sachen die Summe nicht gedeckt. Uebrigens ist dem Dekan kurz vorher die Schulinspektion abgenommen worden.

— Die polnische-ultramontanen Blätter lassen keine Gelegenheit vorbegehen, um dem Domhnikus Klepaczewski in Gnesen, der das in ihren Augen unerhörte Verbrechen begangen hat, auch nach der Uebernahme der Verwaltung des Kirchenvermögens seitens des Staates im Amte zu verbleiben, etwas am Zuge zu fassen. So fühlte sich vor Kurzem ein ultramontaner Korrespondent durch den Umstand, daß der polnische Gefangene in Gnesen, an dessen Spitze Hr. Klepaczewski steht, während des Karnevals eine bescheidene Tafelfestlichkeit veranstaltet hatte, zu erneuten Angriffen auf den Synodus veranlaßt. „Es ist eine alte Wahrheit — so sagte der Pape des „Dziennik“ am Schluß seiner Philippa — daß derjenige, welcher den Willen der Kirche nicht zu achten wiß, für sie einmal seine Stellung opfern kann und die Bedürfnisse seiner Nation nicht versteht.“ Gegen diesen namenlosen Korrespondenten tritt nun Hr. Klepaczewski im „Dziennik Poznański“ mit seinem vollen Namen auf und lenkt ihm in treffendster Weise heim. Auf den Vorwurf, daß er seine Stellung nicht aufgegeben hat, entgegnet er: „Das ist wirklich wahr, denn ich führe kein unmoralisches Leben, noch ein Leben voll Ueberhebung und Faulheit, und doch scheint dies nöthig zu sein, um zu beweisen, daß man das Volk liebt und seine Bedürfnisse versteht.“ Nachdem Hr. Klepaczewski im weiteren Laufe seines Schreibens mehrere Aeußerungen über ihn als Lügen bezeichnet, den Ultramontanen gezeigt, daß sie nur mit heruntergelassenen Biss und mit den Waffen der Intrigue und Verleumdung ihre Geaner zu bekämpfen suchen, stellt er an seine Angreifer die Frage: Womit könnt ihr imponiren, daß ihr euch Menschen zu unsehlbaren Mentoren aufwerft, die eure Mentorschaft weder brauchen noch wünschen. Sagt doch, wodurch imponirt ihr? Etwa durch Wissenschaft? Oder durch die Kultur der Künste? Oder durch die Befähigung an unseren Arbeiten? Gebet daher eure unglückselige Rolle auf, der ihr durchaus nicht gewachsen seid, denn ihr verurthet auf dem Theater unseres traurigen Lebens — nur Verwirrung.“

— Der polnische Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend im Großherzogthum Posen, welcher bereits seit 33 Jahren besteht und sich zur Aufgabe gestellt hat, unbemittelte und geistig begabte Knaben zur Erlangung einer höheren wissenschaftlichen Bildung durch Stipendien zu unterstützen, hielt gestern in Posen unter zahl-

reicher Betheiligung der Mitglieder seine alljährliche Generalversammlung ab. Die Versammlung wurde in Abwesenheit des Vorsitzenden Weibischhof Janiszewski vom Professor Dr. Rymarkiewicz eröffnet. Nach dem von der Direktion des Vereins vertheilten Rechenschaftsberichte hat der Verein im verfloffenen Jahre eine Gesamteinnahme von rund 12,293 Thlr. baar und 2275 Thlr. in zinstragenden Papieren und eine Gesamtausgabe von 12,144 Thlr. gehabt. Letztere wurden zur Unterstützung von 113 Stipendiaten, die sich auf Universitäten, höheren technischen Lehranstalten, Gymnasien und Lehrerseminaren befinden, verwendet. Der Rezerbonds des Vereins betrug am Schluß des vergangenen Jahres 30,468 Thlr. in zinstragenden Papieren und 5776 Thlr. baar. Im weiteren Verlaufe ihres Berichts richtete die Direktion an die polnische Bevölkerung in warmen Worten die Aufforderung, den Verein durch pekuniäre Mittel energischer wie bisher zu unterstützen, da die an den Verein gestellten Anforderungen mit jedem Tage wachsen, während die Einnahmen im Vergleich zu früheren Jahren um einige tausend Thaler sich verringert haben. Diefürhalf mußte der Verein im vergangenen Jahre 82 Petenten seine Unterstützung versagen. Der Jugend selbst legt die Direktion ferner ans Herz, sich mehr wie bisher praktischen Berufen, vor allem dem Handwerke zuzuwenden. „Das Handwerk steht bei uns im Vergleich zu anderen Ländern auf einer niedrigen Stufe und zwar deshalb, weil es ihm an dem belchenden und veredelnden Geiste fehlt, welchen ihm nur die höhere Bildung einflößen kann. Wenn die Jugend, welche die Schulen absolviert, sich der alten Vorurtheile und der unzeitigen Eitelkeit begeben, das Handwerk mit Elementen höherer Bildung befruchten möchte, so würde sie selbst in vielen Fällen zu einer schnelleren Sicherstellung ihres Vorrathes gelangen und sich um die Gesellschaft sehr verdient machen.“ Der Versammlung präsidirte Herr v. Bentkowski, als Schriftführer fungirten die Herren Domikar Dociński und Real-schullehrer Dr. Języski. Der geistliche Stand war in der Versammlung verhältnismäßig sehr stark vertreten.

r. In der polnischen Gesellschaft wurden in den Sitzungen am 13. und 20. folgende Mittheilungen gemacht: Während man früher zum Scheren der Pferde allgemein gezeichnete Scheren benutzte, wendet man neuerdings zu diesem Behufe kleine Maschinen an, mittelst deren die Haare abgebrannt werden. Der mit der Schermaschine durch einen Schlauch in Verbindung stehende Rasten ist mit Petroleumöl oder Aigroie gefüllt, und wird ein Schwamm mit kaltem Wasser bereit gehalten, falls die Schere zu warm werden sollte. Nach dem Abbreiten der Haare erfolgt ein Nachbürsten mittelst einer scharfen Bürste. Diese Methode des Abbreitens der Haare soll zuerst in Spanien bei den Wäldhauern angewandt worden sein. In unserer Stadt werden die prächtigen grauen Falben eines polnischen Grafen, die man gegenwärtig täglich vor einem hoch eleganten Schlitten durch die Straßen eilen sieht, in dieser Weise geschoren. — Ferner wurde eine Methode der kalten Verfilberung erörtert, bei der eine Mischung von Weinstein, Kochsalz und Chlorsilber angewendet wird. Bei der Frage ob man im Glande sei, mittelst Torfs in einem Glaskofen die erforderliche Hitze zu erzeugen, wurde konstatiert, daß Fälle, in denen die direkte Heizung mittelst Torfs in Glashütten angewendet wird, nicht bekannt sind, auch dürfte der Torf, direkt in dem Glaskofen verfeuert, nicht die erforderliche Hitze erzeugen. Dagegen würde es wohl möglich sein, durch geeignete Generatoröfen aus Torf ein Gas zu erzeugen, welches mit Theil zum Schmelzen des Glases verwendet werden könnte, in ähnlicher Weise, wie man zum Beispiel in der Gegend von Halle, zum Glashüttenbetriebe Gas benutzt, welches in Generatoröfen aus Braunkohlen erzeugt wird. Nähere Auskunft über die Verwendbarkeit von Torf in Generatoröfen zu dem angegebenen Zwecke würden die Ingenieure Siemens in Berlin, oder Neumann in Weimar erteilen können. Es wurde patentirter Lederfzil vorgezeigt, welcher als geeignetes Dichtungsmaterial für verschiedene industrielle Zwecke sehr empfohlen wird, insbesondere zur Dampf-, Wasser- und Gasdichtung. Die Wasse, die sehr elastisch und plastisch ist, und aus einer Mischung von Kautschuk mit Korkabfällen zu bestehen scheint, wird in Tafeln, ausge schnittenen Rin-nen oder auch nach Modellen geliefert. — Ferner wurde Papierwäse aus einer Leipziger Fabrik vorgezeigt, die mit einem dünnen baumwollenen Stoffe überzogen ist, und der Leinwandwäse täuschend ähnlich ist, auch sich durch ihr elegantes Aeußere sehr empfiehlt; bei Entnahme von größeren Quantitäten stellt sich der Preis pro Stück auf 6 Pfennige. — Sodann kam die Konstruktion von feuerfesten Decken aus Töpfen (zwischen Doppel-T Eifen), über die neulich in dem landwirtschaftlichen Verein des Kreises Posen Mittheilung gemacht worden war, zur Erörterung. Derartige Decken werden bei Pariser Bauten schon längst angewendet, und benutzt man dort zum Vergießen der Zwischenräume zwischen den Töpfen Gyps. Erfahrungsmäßig haben solche Decken eine gar nicht unbedeutende Tragfähigkeit. — Schließlich wurden Mittheilungen über verschiedene neuere Methoden zur Befestigung des Kesselfeins in den Dampfkesseln gemacht, und dabei insbesondere das Verfahren, Einlagen in dem Kessel anzubringen, auf welche sich der Kesselfeinst absetzt, und die leicht herauszunehmen und zu reinigen sind, so wie der von Paudsch und Freund in Landsberg a. W. erfundene Kesselfeinstverhüter beschrieben.

Kraustadt, 20. Febr. [Frankfurter Lehrerverein.] Heute hielt der Frankfurter Lehrerverein die erste alljährliche Konferenz ab. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen des Vorsitzenden referirte Herr Langner-Frankfurt über die vielgenannten „Pädagogischen Streitfragen von Dr. Schramm.“ Zur Ergänzung des von dem Vorsitzenden des Landesvereins zugesandten Fragebogens wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den Landesverein zu ersuchen, bei den gesetzgebenden Faktoren in erster Linie für ein fest normirtes Gehalt wirken zu wollen. Trotz des schlechten Wetters war die Konferenz, namentlich von katholischen Lehrern, zahlreich besucht.

(n) Koschmin, 23. Febr. Der „hohe Gefangene von Koschmin“, um mit den Worten des „Kurier Poznański“ zu sprechen, weist nicht mehr in unseren „Mauern!“ Am Freitag traf — ganz unerwartet — von dem Kreisgerichte in Posen an die hiesige Gerichtskommission die Drahtnachricht ein, den Weibischhof Janiszewski sofort aus der Haft zu entlassen, weil der Rest der gegen ihn verhängten Freiheitsstrafe aus dessen einbehaltenem Einkommen gedeckt ist. Hr. Janiszewski wurde schon einige Tage vor seiner Entlassung durch den hier weilenden Polizei-Inspektor Büttner aus Posen beobachtet, und erfolgte auch auf dessen Veranlassung, nachdem die gebachte Depesche eingetroffen war, die (bereits gemeldete) Hausdurchsuchung resp. Durchsuchung der Papiere desselben im Gefängnis durch den Hrn. Bürgermeister Flusky. Freitag Nachmittag verließ der Weibischhof unter dem Jubelruf einer gerade nicht zahlreich versammelten Menge das Gefängnis und begab sich in die Wohnung des Ortspropstes. Am Abend desselben Tages reiste er auf Vorstellungen des Hrn. Bürgermeisters, der Erzeite seitens der aufgeregten katholischen Bevölkerung besorgte, in Begleitung des Propstes Dynski nach Walkow zum Propste Frasunkiewicz, der sein Studiengenosse ist. Dort trafen am Montag Morgen der Landrath unseres Kreises und der hiesige Distriktskommissarius ein, benachrichtigten den Weibischhof, daß ihm auf Verfügung des Herrn Oberpräsidenten der Aufenthalt in den Provinzen Posen, Preußen und Schlesien untersagt ist und daß sie die Weisung haben, ihn sofort über die Grenze der Provinz zu bringen. Hr. Janiszewski legte gegen den Ausweisungsbefehl den üblichen Protest ein und verlangte einigen Aufschub, der ihm auch nach einer Anfrage in Posen bis zum Dienstag gewährt wurde. Heute Abend oder morgen früh wird demnach der Weibischhof unsere Provinz bereits verlassen haben. (Einer telegraphischen Nachricht zufolge ist Hr. Janiszewski heute (Mittwoch) früh 9½ Uhr über Lissa und Glogau nach der Provinz Brandenburg gebracht worden. Wie der „Kurier Pozn.“ erfährt, begiebt er sich direkt nach Berlin. — Red. der Posener Zeitung.)

Schwerin a. W., 22. Februar. [Städtisches.] An Stelle des nach Bosen als Stadtpfleger berufenen Maurermeisters und Stadtvorordneten Schmidt wurde von der ersten Abtheilung einstimmig der Brauermeister Hr. Graup zum Stadtpfleger ernannt. Der Rektor Busch an der hiesigen höheren Knabenschule hat einen Ruf als technischer Leiter der I. Kadettenanstalt zu Dransenstein bei Dieth in Nassau erhalten. In Folge dessen sollte in der gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten über seine Entlassung, so wie über die Wiederbesetzung der Stelle Beschlüsse gefasst werden. Man einigte sich dahin, zuvor den Herrn Bürgermeister Müller nach Berlin zu deputiren, um Nachricht darüber einzuholen, ob für die hiesige höhere Lehranstalt ein Staatszuschuß gewährt werden würde, oder nicht. Die Auskunft, die der Bürgermeister dort erhalten, lautete aber nicht gar tröstlich. Was die Regierung in Bosen, so wie der Herr Minister schon früher als Bescheid auf desfallsige Gesuche gegeben, wurde einfach wiederholt, nämlich bevor die Stadt nicht für das Elementarschulwesen in ausreichender Weise gesorgt hätte, könne von einem Staatszuschuß für die höhere Schule keine Rede sein. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde Herr Busch der Abgang am 1. April c. gestattet, wiewohl derselbe votationsmäßig erst nach halbjähriger Kündigungsfrist hätte stattfinden können; die Stelle mit 1000 Thlr. Gehalt wird sofort ausgeschrieben werden.

Bromberg, 22. Februar. [Baptistentaufe.] Gestern Nachmittag fand in einem der zu Adersdorf gehörigen Teiche wieder eine Baptistentaufe statt, die an zwei männlichen und vier weiblichen Personen vollzogen wurde. Das Gerücht von diesem Festtage und in jetziger Jahreszeit gerade nicht angenehmen Schaupiele hatte sich diesmal mit großer Schnelligkeit durch die Stadt verbreitet, und so kam es denn, daß wohl zwei bis dreitausend Menschen demselben als Zuschauer beizumohnen konnten. In dem kleinen rechts vom Teiche und in unmittelbarer Nähe desselben belegenen Hause war der Versammlungsort der Gemeinde, des Predigers und Küsters Lunde, der zu tausenden Brüdern und Schwestern. Um 4 Uhr öffnete sich die Thür jenes Hauses und es erschien der Baptistenprediger, bekleidet mit einem schwarzen Talar und hinter ihm die Täuflinge in weißen Hemden, die sie über ihre Oberkleider angezogen hatten. An dem Teich, der zwar mit einer festen Eisdecke bedeckt, an der Tauffelle jedoch eisfrei gemacht worden war, wurde zuerst ein geistliches Lied gesungen. Nach Beendigung desselben ging der Baptistenprediger bis an die Hüften ins Wasser, sprach eine kurze Segensformel, worauf der eigentliche Taufakt vor sich ging. Zuerst wurde derselbe an den zwei männlichen und dann an den vier weiblichen Personen vollzogen. Jeder der Täuflinge ging bis über die Hüften ins Wasser, der Geistliche richtete an ihn die Frage ob er sich taufen und in ihre Gemeinschaft aufnehmen lassen wolle, und sobald das „Ja!“ erfolgte, erfaßte er denselben mit der linken Hand hinten an dem Verbaute und mit der rechten Hand am Hals und tauchte ihn dann rücklings unter das Wasser. Wenn der so Getaufte dem Wasser entstieg, wurde ihm ein Mantel oder Tuch umgeworfen und damit ging er, durch die dichte Menschenmenge sich windend, wieder dem Hause zu, wo er mit Hilfe der Brüder und Schwestern umgeben wurde. Daß es an lebhaften Bemerkungen und lautem Gelächern u. dgl. aus dem Publikum nicht fehlte, läßt sich wohl denken. Der Geistliche war aber auf deraußerst gefaßt, denn er tröstete die Täuflinge mit den Worten: „Liebe Brüder und Schwestern, laßt sie nur lachen, in der Hölle werden sie weinen.“ Sich bei der jetzigen kalten Witterung in offenem Wasser und in dieser Weise taufen zu lassen, dazu gehört in der That ein starker, nicht zu verachtender Glaubensmuth. — Seit neun Monaten ist dies in hiesiger Stadt die dritte Baptistentaufe. Nach der Taufhandlung begab sich die Gemeinde in ihr Versammlungsort in der Bahnhofsstraße, wo noch bis spät am Abend gesungen und gebetet wurde.

Bromberg, 23. Februar. [Wiederholte Selbstmordversuche eines Gefangenen.] Der im hiesigen Gerichtsgefängnisse internirte frühere Kaufmann Hellriegel, welcher Freitag Abend sich durch Dufnung der Pausbader Thore wollte, hierin aber, wie bereits mitgetheilt durch rechtzeitig angewandte ärztliche Hilfe verhindert wurde, suchte heute durch Erhängen seinem Leben ein Ende zu machen. Durch die Wachsamkeit der Gefängnißbeamten wurde auch dieser Selbstmordversuch vereitelt. Wie uns mitgetheilt, hat der 20. Hellriegel gebeten, seine Strafe in seiner Heimath, im Rheinlande zu verbüßen, was ihm aber abgelehnt worden ist.

(t.) Gnesen, 23. Februar. [Kommunales.] Die hier seit Monaten vacante Polizei-Kommissariatsstelle ist nun endlich einem gewissem Herrn Reich verliehen worden; derselbe soll die Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung in der Stadt überwachen, und damit ist ihm ein weites Feld der Thätigkeit eröffnet worden. Hoffen wir, daß durch seine Bemühungen vor Allem dem frechen Betteln gesteuert werde. Die robustesten Männer drängen sich oft halb mit Gewalt in die Wohnungen. Ihr Auftreten ist meistens der Art, daß man gar nicht wagt, sie abzuweisen, oder ihnen eine Kleinigkeit anzubieten, die geliebten Gaben werden dann schleunigst in den Schnapskrügen flüchtig gemacht. Die Unsauberkeit vor vielen Häusern übersteigt oft jedes Maß. Als Grundfals gilt Alles vor die Thür zu werfen, was man los sein will. Bei strenger Kälte bilden sich vor manchen Häusern förmliche Dünghaufen, welche bei eintretendem Thauwetter die Umgebung mit ihrem üblen Geruche belästigen. Am schlimmsten ist es, wenn irgendwo eine Senkgrube ausgeräumt werden soll. Statt dazu die Nacht oder die frühen Morgenstunden zu benutzen, geht man an die Arbeit, wenn der Geschäftsverkehr in der Stadt beginnt und die Straßen ganz belebt sind. Nicht bloß die nächste Nachbarschaft erfährt immer was geschieht, sondern die überreichendsten Abgänge werden in offenen Wagen durch die Stadt auf die Felder gefahren. Meistens sind auch die Wagen für solche Ladungen nicht eingerichtet und verlieren dann durch die nicht festgeschlossenen Bretter oder Leitern einen Theil derselben. Man kann gewöhnlich ihre Spur von der Ausladung bis auf das Feld verfolgen. Die Straßen der Stadt und die Chaussees sind dann auf mehrere Tage verpestet. Es ist sonderbar, daß die den Dünger abholenden Grundbesitzer sich mit dem Aufladen so viele Mühe geben, um oft den dritten Theil ihrer Ladung wieder auf dem Wege zu verlieren. Dem Vernehmen nach soll durch den hiesigen Magistrat in der Stadtverordneten-Versammlung von Neuem die Frage aufgeworfen werden, ob es nicht angemessen sei, die Zahl der Mitglieder, wie es die Städteordnung vorschreibt, von 12 auf 24 oder mindestens auf 18 zu erhöhen. Die dahin zielenden Bemühungen des Magistrats sind bisher an dem Widerstande der Stadtverordneten-Versammlung selbst gescheitert. Die I. Regierung in Bromberg, deren Unterstützung bei seinen Bestrebungen der Magistrat bereits angerufen, soll sich für incompetent in dieser Angelegenheit erklärt haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Bosen, 23. Februar. [Schwurgericht.] Ein Knabe und ein Greis nahmen in der heutigen Sitzung auf der Anklagebank Platz, eines schweren Verbrechens, nämlich Ertricker, der Schornsteinfegerlehrling Vinzent Dondajewski aus Rogasen der vorläufigen Brandstiftung, Leßterer, der 62 Jahre alte Schumacher Alexander Dljewski eben daher, der Theilnahme an diesem Verbrechen angeklagt.

Am 3. Oktober 1874 Morgens gegen 7 Uhr brach in der dem Fleischermeister Anton Peil gehörigen, unweit des Wostokmo am Laßmoor Wege in Rogasen belegenen Scheune plötzlich Feuer aus. Da diese aus Fachwerk mit Bretterverschlag unter Ziegeldach erbaut war, so wurde sie selbst sowohl wie die darin befindlichen Ernteborräthe in kurzer Zeit ein Raub der Flammen. Die Borräthe waren mit 219 Thlr., das Scheunengebäude selbst mit 150 Thlr. versichert. Da der wirkliche Werth jedoch nicht unerheblich die Versicherungssumme überstieg, so erlitt Peil durch das Feuer empfindlichen Schaden und war es deshalb bald klar, daß das Feuer aus Mache angelegt worden. Kurz, bevor dasselbe ausgebrochen, hatte sich der Hülfsjunge Peter Polzin mit seinem Vieh, welches er auf die Weide zu treiben im Begriff war, in der Nähe der Scheune befunden und hier wahrgenommen, daß der ihm wohlbekannte Schornsteinfegerlehrling Vinzent Dondajewski sich an der östlichen Giebelseite der Scheune niedergebückt

hatte und dann schleunigst nach der Stadt zu gelaufen war. Gleich darauf schlug auch die helle Flamme aus der Scheune, und zwar an derselben Stelle, wo Dondajewski sich eben niedergebückt hatte, hervor. Es unterlag somit keinem Zweifel, daß dieser, und kein anderer, der Thäter war. Er wurde sofort verhaftet und gestand demnach auf der Folter ein, das Scheunengebäude des Fleischermeisters Peil vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben.

Vinzent Dondajewski ist am 15. Januar 1860 geboren, war also vor der Zeit der Begehung des Verbrechens erst 14 Jahr. Seine Mutter — er ist ein uneheliches Kind — endete als mehrfach bestrafte Diebin ihr Leben im Zuchthause, als er erst einige Jahre alt war. Der Knabe wurde seiner Großmutter demnach zur Erziehung übergeben; die Schule hat er nur sehr kurze Zeit besucht. Seinem Lehrherrn, einem Schornsteinfegermeister in Rogasen, war er bald nach Beginn seiner Lehrzeit entlaufen und hatte auf eigene Faust eine Fußreise nach Berlin unternommen. Hier hielt es ihn jedoch auch nicht lange, er ging nach kurzer Zeit nach Bosen und trat hier bei einem Bäckermeister als Lehrling ein. Schon in dieser Stellung ist er mit den Strafgesezen in Konflikt gerathen, da er es vorzog, 17½ Sgr., welche ihm Kunden seines Meisters für einnommene Backwaren anvertrauten, in seinen Nutzen zu verwenden, anstatt seinem Lehrherrn auszuantworten. Für diese Unterschlagung ist er im vorigen Monate bereits durch das Kreisgericht in Rogasen, wohin er sich von Bosen aus zurückbegeben hatte, um in sein ursprüngliches Lehrverhältnis wieder einzutreten, zu mehreren Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Dondajewski ist für sein Alter ziemlich klein, und macht seiner Größe nach den Eindruck eines jehnjährigen Knaben, womit sein freies, fast an Frechheit grenzendes Benehmen in ziemlichem Widerspruch steht. Auch in der heutigen Verhandlung wiederholt er sein bereits in Rogasen abgegebenes Geständniß, daß er zwar den Brand angelegt, der Schumacher Dljewski ihn jedoch dazu überredet und ihm auch zur That behilflich gewesen sei. Am Mittwoch, den 30. September v. J., seien sie Beide — Dljewski und Dondajewski — zusammen Gäste auf einer Hochzeit in der Mahr'schen Schänke zu Rogasen gewesen. Nachts ungefähr um 1 Uhr habe ihn Dlj., in den Hausflur der Schänke hinausgerufen und zu ihm geäußert: „er wolle dem Fleischer Peil einen Schabernack spielen, denn dieser habe durch Schwindeln ihn um sein Haus gebracht.“ Dann erzählte Dondajewski weiter, Dljewski habe ihn zugeredet, er solle die auf dem Wostokmo stehende Scheune des Peil, wenn er dort einmal etwas zu thun habe, anzünden, er selbst habe schon in der Giebelseite nach Morgen zu ein Loch gemacht und habe auch schon versucht, durch Lappen den Brand zu entzünden, es habe aber nicht Feuer gefangen. Dljewski habe ihm für diese That einen Thaler versprochen und dabei bemerkt, er werde ihm schon so viel geben, daß er — Dondajewski — mit ihm zufrieden sein würde. Anfanglich habe er das ihm zugeworbene Unternehmen abgelehnt, da er gewußt, mit welcher hohen Strafe eine solche That durch das Gesetz belegt werde, dann aber schließlich, da ihm Dljewski gut zuredete, der Versuchung nicht widerstehen können, sich durch leichte Mühe einen blanken Thaler zu verdienen. Zur Ausführung der That habe er sich den 3. Oktober gemäß, an welchem Tage er sich, um zu fegen, nach dem Wostokmo begeben habe. Nach Anzündung der östlichen Scheune sei er eiligst nach der Stadt mit dem Rufe: „Feuer, Feuer!“ gerannt. Dljewski habe ihm vorher streng untersagt, auch nur das Geringste bei etwaiger Verhaftung einzugehen, und ihm gedroht, es ihm zu gedenken, wenn er durch ihn zum Sigen käme.

Dljewski leugnet, wie früher, auch in der heutigen Verhandlung jede Theilnahme an dem Verbrechen des Dondajewski. Dljewski ist bereits zwei Mal wegen Brandstiftung bestraft worden, das letzte Mal durch Erkenntniß des hiesigen Schwurgerichts im Jahre 1850 mit drei Jahren und neun Monaten Zuchthaus, außerdem hat er ungefähr sechs Vorbestrafungen wegen Widerstandes gegen Beamte und Majestätsbeleidigung erlitten. Im letzteren Falle behauptet er heute noch, seine damalige Bestrafung beruhe auf einem Mißverständnis, denn nicht den Landesherren, sondern nur einen rojaner jüdischen Handelsmann, Namens König, habe er damals beleidigen wollen. Was das ihm heute zur Last gelegte Verbrechen anbelangt, so giebt er es als richtig zu, mit Dondajewski zusammen in der Nacht vom 30. September bis 1. Oktober v. J. bei einer Hochzeit in der Mahr'schen Schänke gewesen zu sein, er bestritte aber, dieselbe während der Festlichkeit, auch nur auf kurze Zeit, verlassen zu haben und überhaupt mit Dondajewski, der ihm sonst ganz unbekannt sei, gesprochen oder denselben gar dazu überredet zu haben, die Scheune des Peil anzuzünden, da er mit diesem in gutem Einvernehmen gestanden habe.

Daß das Letztere jedoch nicht der Fall sei, ergibt sich durch die heutige Beweisaufnahme, namentlich durch die Vernehmung des Fleischermeisters Anton Peil, des Einwohners Oswald Hamrotzkiel und des Arbeiters Johann Polzin. Dljewski bejaht nämlich früher in Rogasen das dem Peil'schen Grundstücke benachbarte Haus Nr. 283. Da im Dljewski'schen Hause viel Gesindel wohnte und Peil deshalb für die Sicherheit seines Eigenthums fürchtete, benutzte er, als im September v. J. das Dljewski'sche Haus zur Subhastation kam, diese Gelegenheit, sich seiner unangenehmen Nachbarschaft zu entledigen, und erstand das Grundstück im Licitations-Termin. Dljewski hat ihn jedoch demnach dringend, ihm das Grundstück zurückzugewähren und erhielt in Folge dessen von Peil dies zugesagt, falls er — Dljewski — binnen vier Wochen Geld schaffe. Da die vier Wochen verstrichen, ohne daß Dljewski dieser Verpflichtung nachkam, so hielt sich auch Peil an seine Zusage nicht mehr gebunden. Hierüber war Dljewski sehr aufgebracht und begiebt sich auf hierauf seine oben erwähnte Aeußerung zu Dondajewski, Peil habe ihn durch Schwindeln um sein Haus gebracht. Am Tage der Kaufversteigerung, am 15. September v. J., zerschlug Dljewski sämtliche Thüren und Fenster in dem von Peil gekauften Grundstück und drohte laut, er werde Alles vernichten und verbrennen. Der Einwohner Nawrothkiel hörte sogar, wie Dljewski an jenem Tage anrief, er werde den roten Hahn aufsetzen. Einige Tage später sprach er mit dem Arbeiter Polzin über den Ankauf des Grundstücks Seitens des Peil und äußerte hierbei, er werde sich rächen bis in das neunte Geschlecht.

Da Dljewski in der Stadt als gewaltthätiger Mann bekannt ist, so ließ Peil, welchem jene Aeußerungen zu Ohren gekommen waren, um sich vor Schaden zu bewahren, das Haus allmählich scharf bewachen. Zu diesen Bewachungsmomenten gegen Dljewski kommt noch folgendes hinzu: Kurz vor dem Ausbruch des Feuers sah der Arbeiter Johann Polzin, als er des Morgens zur Arbeit ging, den Angeklagten Dljewski in der Stadt an einer Wasserpumpe stehen, von der aus man die Peil'sche Scheune sehen konnte, und streuen viel unversehrt nach der Scheune rücken. Gleich darauf entstand der Feuersturm und Dljewski's Frau äußerte hierbei: „Der liebe Gott hat das Feuer gegeben, und es wird heißen: Dljewski hat es angezündet.“ Dieser beteuert jedoch in der heutigen Verhandlung wiederholt seine Unschuld, indem er behauptet, die Aussagen des Dondajewski wider ihn beruhen auf Unwahrheit; dies habe Dondajewski selbst im Gefängnisse des rojaner Kreisgerichts zwei Gefangene, mit denen er zusammen eingesperrt, zugehört. Diese beiden, Reß und Rubisat, werden demnach vorgeliefert und vernommen. Reß, bereits mehrfach wegen Diebstahls bestraft, befindet sich gegenwärtig in Rogasen wegen betrügerischer Brandstiftung (er hat im Auftrage eines Wirths ein von diesem überverkauft Gebäude angezündet) in Untersuchungshaft und wird binnen Kurzem gleichfalls vor das Schwurgericht hiehergeführt werden. Er erzählt, daß er mit Dondajewski zusammen in einer Zelle in Rogasen eingesperrt habe, am Neujahrstage habe ihn dieser gefragt, ob es denn wahr sei, was das Volk spreche, daß der Täufling Reß in die Fußtapfen seines Vaters trete, und, als er (Reß) dies bejaht, habe Dondajewski zu ihm geäußert: „Nun, dann geht es ja auch an mir in Erfüllung; in Peil'sche hat eine Scheune angezündet, folglich konnte auch ich nicht anders.“ Demnach habe ihm Dondajewski auch erzählt, daß er den Dljewski fälschlich denunzirt habe, weil man ihm bei seiner Vernehmung auf der Folter so viel zugesagt habe, den Dljewski als Anführer zugeben. Dondajewski bekennt die Aussage des Reß als unwahr, schon deshalb werde ihre Richtigkeit sehr zweifelhaft, weil Reß von diesem angeblich mit ihm geführt Gefährte erst dann dem Gefangenwärter Mittheilung gemacht habe, als er (Reß) aus der Zelle des Donda-

jewski Mitte Januar in die des Dljewski umquartiert worden sei. Außerdem habe er (Dondajewski) nur einen Rathen und dieser sei ein sehr frommer Mann und Kirchendiener, könne daher niemals eine Scheune angezündet haben. Im Uebrigen sei Reß kein (Dondajewski's) Feind, da er denselben in der Zelle einmal sehr gepörrt habe. Hinsichtlich der polizeilichen Vernehmung des Dondajewski bekundet der als Zeuge anwesende Gensdarm Michael aus Rogasen, daß derselbe von ihm und dem Stadtschreiber damals ohne Anwendung irgend welcher Zwangsmittel vernommen worden und sofort freiwillig den Dljewski als Anführer seiner That bezeugt habe.

Auch der andere von Dljewski vorgeschlagene Zeuge, Rubisat, wußte zur Entlastung desselben nicht viel zu bekunden.

Hiermit war die Beweisaufnahme geschlossen und brachten demnach die Geschworenen die ihnen gestellten Fragen, ob Dondajewski schuldig sei, am 3. Oktober 1874 ein dem Fleischermeister Peil zu Rogasen gehöriges Scheunengebäude vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben, ferner, ob Dljewski schuldig sei, durch Versprechen und Ueberredung den Dondajewski zu dieser That vorsätzlich bestimmt zu haben, mit mehr als sieben Stimmen, ebenso vermeinten sie die ihnen auf Antrag der Verteidigung (Herrn Justizrath le Bisser) gestellte Frage, ob bei Dljewski mildernde Umstände vorliegen. Da die Fragen, ob Dondajewski, da er erst 15 Jahre alt ist, bei der Brandstiftung die zur Erkenntniß ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen habe, ferner, ob Dljewski zugleich auch durch Rath und That dem Dondajewski zur Begehung dieses Verbrechens wesentlich Hülfe geleistet habe, von den Geschworenen nur mit sieben gegen fünf Stimmen bejaht wurden, so mußte dem Gesetze gemäß der Gerichtshof noch über diese Fragen in Berathung treten; in beiden Fällen schloß er sich der Mehrzahl der Geschworenen an. Da der dem jugendlichen Alter des Dondajewski's Zuchthausstrafe gegen ihn gesetzlich unzulässig ist, so wurde er dem Antrage der Staatsanwaltschaft gemäß zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt, Seitens der Verteidigung war der Mindestbetrag, sechs Monate Gefängniß, beantragt worden. Gegen Dljewski's beantragte die Staatsanwaltschaft sechs Jahre, die Verteidigung zwei Jahre Zuchthaus und erkannte der Gerichtshof demnach wider ihn auf eine vierjährige Zuchthausstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von vier Jahren, auch wurde im Erkenntniß seine Stellung unter Polizeiaufsicht für zulässig erklärt.

Die zweite heute zur Verhandlung gekommene Anklage-Sache bot nichts Interessantes, da der Angeklagte, Arbeiter Stanislaus Sypniowski aus Jeryze, ein bereits sechs Mal bestrafter und erst im vorigen Jahre wieder aus dem Zuchthaus entlassener Dieb, wiederum sich wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu verantworten hat. Stanislaus Sypniowski trieb sich ohne Arbeit in Bosen herum und, da ihn gewaltig fror, so benutzte er eine sich ihm am 13. Dezember v. J. bietende günstige Gelegenheit, billig zu einem Winteranzug zu kommen. Er stieg durch ein offenes Fenster, nur einige Fuß über dem Erdboden belegenes, Fenster in den verlassenen Pferdestall des Grundstücks Bismarckstraße Nr. 9 hieselbst und nahm sich darauf ein graues Duffeljaquet und ein Paar Pelzbandschuhe, einem Rutscher gehörig, sowie drei wollene Pferdebeden. Er war jedoch mit den billigen Kaufs erworbenen Sachen kaum bis an die St. Martinsstraße gelangt, als er auch schon festgenommen und auf die Polizei transportirt wurde. Stanislaus Sypniowski räumte auch in der heutigen Verhandlung den ihm zur Last gelegten Diebstahl unumwunden ein und will durch große Noth dazu veranlaßt worden sein. Der Spruch des Gerichtshofes lautet, da mildernde Umstände ausgeschlossen waren, auf drei Jahre Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer dreier Jahre und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht. Auch wurden die Kosten der Untersuchung dem Angeklagten zur Last gelegt.

Nachträglich sind noch zur Verhandlung in dieser Sitzungs-Periode angelegt worden: am Montag, 1. März: die Anklage-Sache wider den früheren Wirth Johann Tomaszewski wegen vorsätzlicher Brandstiftung und am Mittwoch, 3. März: die Anklage-Sache wider den kgl. Polizei Inspektor Klug wegen Amtsverbrechen, resp. Vergehen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Das 5. (Februar-) Heft der „Deutschen Rundschau“ bringt zunächst den Schluß der Erzählung „Die Geier Balby“ von Wilhelm v. Sillera. — H. Hettner liefert einen geistvollen Essay: Petrarka und Boccaccio als Begründer der ital. Renaissancebildung. Der Afrikareisende Georg Schweinfurt schreibt, über die Art des Reisens in Afrika. Georg Brandes entwirft eine Skizze von Ferd. Lassalle vor der Agitation. Heinrich Laube bringt uns einige brillante „Shakespeare Spitter“. — Den Schluß bilden musterhafte Rezensionen über Literatur, Kunst, Theater, Politik. — Wie schon dieses Inhaltsverzeichnis zeigt, liefert uns Julius Rodenberg in seiner „Deutschen Rundschau“ (Verlag von Gebr. Paetel in Berlin) eine „bis in die Feinheiten“ als interessante Lektüre, welche man obendrein fast durchweg als gediegen bezeichnen kann.

Staats- und Volkswirtschaft.

** (K) Seit einer Reihe von Jahren war es das Bestreben der Landwirthe eine Reform in der Hagelversicherung einzuführen, welche es ermöglicht, durch niedrige Prämien den Zwang zu erheben. Zu diesem Behufe traten mehrere renommirte Großgrundbesitzer zusammen, welche die bisher in der Hagelversicherungsumstände gesammelten Erfahrungen benutzend, die „Allgemeine Deutsche Hagel-Versicherungsgesellschaft in Berlin“ gründeten. Das Institut basiert auf Gegenseitigkeit, schließt keine Gegend, wegen zu oft Verhagelns aus, verlangt auch nicht von Besitzern von Gütern anderer Gegenden, in denen der Hagel häufiger Schäden anrichtet, höhere Beiträge, sondern versichert in zwei Klassen. Zur ersten Klasse gehören diejenigen, welche einen Schaden bis zum achten Theil der betreffenden Feldfrucht versichern, und die selbstverständlich eine niedrigere Prämie zahlen, zur zweiten Klasse aber diejenigen, welche eine Entschädigung für Schäden bis zum fünfzehnten Theile beanspruchen und selbstverständlich einen höheren Beitrag zu zahlen haben. Die Allgemeine Deutsche Hagel-Versicherungsgesellschaft in Berlin hat nun schon am 30. Januar v. J. ihre erste ordentliche General-Versammlung abgehalten, auf der 128 Stimmen vertreten waren. Diese Zahl zeigt zur Genüge, daß die Landwirthe ein reges Interesse für die Gesellschaft haben. Außer der oben angeführten Meinung hat die Gesellschaft auch noch die eingeführt, daß die Schäden nicht von Revisoren, sondern unter Leitung und Mitwirkung von Bezirks-Deputirten abgeschätzt werden, welche mit den Verhältnissen der Gegend vertraut, weil sie selbst Landwirthe und Mitversicherte sind. Als Bedingung ist nur gestellt, daß sie selbst im Augenblicke, in welchem sie die Schätzung des Schadens vornehmen, nicht selbst noch nicht reguläre Ansprüche an die Gesellschaft haben. Die aufgestellten Versicherungsbedingungen ermöglichen es auch, dem Kleinrentenbesitzer sich gegen Hagelschäden zu versichern.

** Centralbank für den Russischen Bodenkredit. Bei der am 17. und 18. d. M. in Paris, Brüssel, Genf, Amsterdam und St. Petersburg stattgefundenen Subskription auf die vierte Serie von Pfandbriefen der genannten Bank, ist der zur Subskription aufgelegte Betrag von 54,000 Stück à 500 Francs ca. zehn Mal überzeichnet worden.

Der mischtes.

* Richard Wagner in Wien. Aus Wien vom 22. d. M. schreibt man: „Gestern ist Richard Wagner in Begleitung seiner Gattin hier eingetroffen. Auf dem Bahnhof erwartete ihn das Komitee des Wiener Wagner-Vereins, dann eine große Anzahl von Mitgliedern des akademischen Wagner-Vereins und mehrere hervorragende Künstler. Der Erwartete sprach, noch ehe der Zug vollkommen stand, aus dem Waggon und begrüßte in freundlicher Weise die zahlreichen Verehrer, die sich zu seinem Empfange eingefunden, indem er der Freunde (Fortsetzung in der Beilage.)

Ausdruck gab, wieder in Wien für sein Unternehmen zu wirken und die Hoffnung ausbrach, die Freunde bald in Bayreuth zu empfangen. Das Aussehen Wagner's ist blühend; er bewegt sich und spricht mit einer frischen, schneidigen Regsamkeit, die zu seinem noch immer vollen weißen Haar in eigentümlichem Kontraste steht. Als Wagner die Halle verließ, brachten ihm seine Freunde ein dreifaches stürmisches Hoch aus. Morgen beginnen die Proben in dem Konzerthaus von 1 Uhr, in das nachträglich noch das große Duo zwischen Siegfried und Brumhilde aus dem ersten Akt der „Götterdämmerung“ aufgenommen wurde. Bis zum Sonntag waren bereits 7000 Gulden für das Konzert eingenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 24. Februar. Die „Provinzial-Korrespondenz“ nennt die päpstliche Encyclica einen Aufruf zur Aufmunterung revolutionärer Leidenschaft. Das Ausstreuen des Papstes selbst bestätigte thatsächlich das Wort Meglia's, die katholische Kirche müsse sich auf die Revolution stützen.

Bekanntmachung.

Den hiesigen Grund- und Gebäudebesitzern bringen wir hiermit zur Kenntniss, daß die von der königlichen Regierung festgesetzten Grund- und Gebäudesteuer-Hebe-Rolle für das Jahr 1875 für die nächsten acht Tage und zwar vom 24. Februar bis 2. März c. im Bureau IV. Zimmer Nr. 16 auf dem Rathhause zur Einsicht offen gelegt ist.

Die in der Rolle festgestellten Steuerbeträge sind in monatlichen Raten innerhalb der ersten acht Tage eines jeden Monats im Voraus an unsere Steuer-Rezepturen zu entrichten.
Posen, den 23. Februar 1875.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Behufs Herstellung eines Trottoirpflasters in der Front-Ausdehnung der Train-Remise Nr. 3 zu Posen soll die Uebernahme der Materialien-Lieferung im Wege der öffentlichen Submission verbunden werden, wozu Termin

auf Montag,
den 8. März c.

Vormittags 10 Uhr

im Train-Depot-Bureau anberaumt wird, wofür die Bedingungen Vormittags von 9 bis 12 und Nachmittags von 2 bis 6 Uhr eingesehen werden können; auch werden dieselben gegen Einsendung der Kopialgebühren (50 Pfennige) auf Verlangen überfandt. Offerten hierauf sind versiegelt, portofrei und mit der Aufschrift: „Offerte auf die Lieferung der Materialien für Herstellung eines Trottoirpflasters“ bis zu genanntem Termine an die unterzeichnete Kommission einzureichen.
Posen, den 23. Februar 1875.

Die Material-Verwaltungs-Kommission des Train-Depots
5. Armee-Corps.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist Folgendes eingetragen:

a. unter Nr. 114:

Bezeichnung des Firmeninhabers:

Julius Kuntel

in Wągrowitz.

Ort der Niederlassung:

Wągrowitz.

Bezeichnung der Firma:

Julius Kuntel.

Eingetragen zufolge Verfügung vom

16. Febr. 1875 am 17. Febr. 1875.

b. unter Nr. 115:

Bezeichnung des Firmeninhabers:

Joseph Wyżomirski

zu Gollantsch.

Ort der Niederlassung:

Gollantsch.

Bezeichnung der Firma:

W. Wyżomirski.

Eingetragen zufolge Verfügung vom

16. Febr. 1875 am 17. Febr. 1875.

c. unter Nr. 116:

Bezeichnung des Firmeninhabers:

Wilhelm Eduard Lehmann.

Ort der Niederlassung:

Wągrowitz.

Bezeichnung der Firma:

W. Lehmann.

Eingetragen zufolge Verfügung vom

16. Febr. 1875 am 17. Febr. 1875.

d. unter Nr. 117:

Bezeichnung des Firmeninhabers:

Jacob Pring.

Ort der Niederlassung:

Wągrowitz.

Bezeichnung der Firma:

J. Pring.

Eingetragen zufolge Verfügung vom

16. Febr. 1875 am 17. Febr. 1875.

e. Bei der Firma W. Wyżomirski

in Gollantsch Nr. 44 unseres Firmen-

Registers:

Die Firma ist auf den Sohn

Joseph Wyżomirski überge-

gangen.

Eingetragen zufolge Verfügung vom

16. Febr. 1875 am 17. Febr. 1875.

Wągrowitz, den 16. Febr. 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

volution stützen. Durch die Klarheit, welche der Papst in die Begehungen zur preussischen Regierung gebracht, würden der Regierung die gegen revolutionäre Annäherung weiter zu betretenden Wege bezeichnet. Die katholische Kirche Preussens müsse zum klaren Bewusstsein darüber kommen, wer in Preussen Souverain sei. Die von Bismarck früher angeregte Frage betreffs der Stellung der Regierungen zur Papstwahl gewinnen jetzt noch größere Bedeutung.

Wien, 24. Februar. Die „Wiener Abendpost“ ist beauftragt, bestimmt zu versichern, daß die Regierung von der Existenz und dem Inhalte des Schreibens von Hein an Wittmann erst durch die Blätter Kenntnis erhielt und weder direkt noch indirekt diesen Schritt deins beeinflusst hat.

Best, 24. Februar. Slaby Festetics und Wendheim haben die Bildung des Kabinetts abgelehnt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Verfailltes, 24. Februar. Die Nationalversammlung genehmigte den gestern von der Commission zurückverwiesenen Artikel fünf des Wallon'schen Senatsgesetzentwurfs, nahm darauf die Vorlage im Ganzen mit 448 gegen 241 Stimmen an und begann dann die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Organisation der öffentlichen Gewalten.

Obwieszezenie.

W skutek pozasadowej ugody uchwała z 13. Lutego 1875 konkurs nad majatkami kupca Salomona Jaroczyńskiego ze Zdan zniesiony zostal.

Krotoszyn, dnia 20. Lutego 1875
Królewski Sad powiatowy.
Komisarz dla spraw konkursowych.

Bekanntmachung.

Der dem hiesigen Hospital gehörige Birkenwald — etwa an zwei Morgen — soll im Wege öffentlicher Bietung am Freitag den

26. d. Mts.,

Nachmittags 2 Uhr,

auf der hiesigen Probstei an den Meistbietenden verkauft werden, wozu Kauflustige hieherdurch eingeladen werden.
Moschin, den 20. Febr. 1875.

Der katholische Hospital-Vorstand.

Bekanntmachung.

Die zur hiesigen Probstei gehörigen Vorwerke Betsche mit 499,38 Morgen und 279,17 Tblr. Reinertrag, Stoki mit 628,25 Morgen und 178,8 Tblr. Reinertrag, Lowin mit 435,45 Morgen und 112,42 Tblr. Reinertrag und eine im Gemeindeterritorium Zielonischel belegene Wiese von 4,35 Morgen mit 1,97 Tblr. Reinertrag sollen im Wege des öffentlichen Meistgebots auf den Zeitraum von 18 Jahren verpachtet werden.

Zu diesem Behufe habe ich einen Termin auf

Mittwoch,
den 17. März d. J.

Vormittags 10 Uhr

in dem katholischen Pfarrhause hieselbst

anberaumt, zu welchem Pachtlustige mit dem Bemerkten hieherdurch eingeladen werden, daß zuerst die Vorwerke einzeln und sodann alle drei zusammen zur Verpachtung gelangen und daß die Pachtbedingungen, welche auch über die Höhe der Bietungs- sowie Pachtkaution Aufschluß geben werden, 10 Tage vor dem Termin in meinem in dem Hause des Kaufmanns Karge hieselbst befindlichen Bureau nebst den Auszügen aus der Grundsteuerunterrolle zur Einsicht ausliegen werden.

Betsche, den 22. Februar 1875.

Der Königliche Kommissarius für die Vermögens-Verwaltung der katholischen Pfarrstelle zu Betsche.

Bothe.

Bekanntmachung.

Zum Verkauf von ungefähr 700 St. feinem Bauholz aus den Schupbezirken Landsort, Baldsee, Seeberg und Unterberg der Oberförsterei Ludwigsberg nach dem Meistgebot unter den im Termine selbst bekannt zu machenden Bedingungen steht Termin auf

Montag, 15. März d. J.

Morgens 9 Uhr, im

Orgen'schen Gasthose zu

Moschin an.

Kauflustige werden hierzu mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Aufmaß-Register des Bauholzes einige Tage vor dem Verkauf in der hiesigen Registratur eingesehen werden können und die betreffenden Forstschupbeamteten angewiesen sind, die zum Verkauf gestellten Holz auf Verlangen an Ort und Stelle vorzuzeigen.

Ludwigsberg, den 23. Februar 1875.

Der Königliche Oberförster.

Kröger.

Hausverkauf!

Wegen Verzug nach Berlin bin ich Willens, mein Haus Bronerstraße 22 preiswürdig zu verkaufen. (H. 2250 a.)

J. E. Sander.

Am 28. d. M. um 1 Uhr Nachmittag findet in Kostrzyn im Hotel de Rome eine General-Versammlung des Vorstehers für die Stadt Kostrzyn und Umgegend — eingetragene Genossenschaft — statt.

Der Vorstand.

A. Koszozynski. Niklewski. Koneczny.

Ein junger Kaufmann wünscht sich mit 20- bis 25,000 Mark bei einer rentablen Fabrik zu betheiligen, resp. eine solche mit 15,000 Mark Anzahlung zu kaufen. Er reflektirt besonders auf eine Gegend, in welcher normale Arbeitslöhne existiren. Reelle Offerten sub U. D. 852 befördert. Saafenstein & Vogler in Berlin S.W. (H. 1738).

Ein junger unverheiratheter Kaufmann, Christ, kann bei einer Einlage von 1—2 Mille als Theilhaber in einem im besten Gange sich befindlichen Geschäft eintreten.

Offerten sub H. 2258a werden durch Saafenstein & Vogler in Posen befördert.

Spezial-Arzt Dr. Meyer, Berlin, heilt Syphilis, Geschlechts- u. Hautkrankheiten in d. kürzesten Frist u. garantirt selbst in den hartnäckigsten Fällen für gründliche Heilung. Sprechst. Leipzigerstr. 91 von 8—1 und 4—7 Uhr. Auswärtige brieflich.

Geschlechtskrankheiten.

Hantkr., Syphilis, selbst die hoffnungslosesten und verzweifeltsten Fälle, heile ich brieflich nach der neuesten Heilmethode ohne jede Berufstörung. Desgl. Onanie und deren Folgen: Schwächezustände, Pollutionen und alle Unterleibsleiden.

Dr. Harmuth, Berlin, Prinzenstrasse 62.

Damen, die in stiller Zurückgezogenheit ihre Entbindung abhalten wollen, finden liebevolle Aufnahme, so wie Rath und Hilfe in allen distreten Fällen. Frau Stubbe, Berlin, Hagelbergerstr. 3, 2 Tr.

Die Landwirthschaftliche Mittelschule zu Liegnitz

beginnt das Sommersemester am 6. April; die Aufnahme neuer Schüler erfolgt am 5. April. Nähere Nachricht durch den Unterzeichneten

Dr. E. Birnbaum, Liegnitz, Direktor.

Mädchen bis zu 15 Jahren, welche hiesige Schulen besuchen, finden gute Pension. Näheres unter Chiffre S. S. 22 in d. Exped. d. Btg bis 1. März.

Englisch.

Unterricht in der englischen Sprache, Conversation etc. ertheilt

Mrs. Oculman

aus England,

Wohnung 38 Mühlenstr.

Jederabfälle

10—15 Ctr. zum Verbrennen offerirt

B. Pinnau, Posen.

Ein Flügel steht billig zu verk.

Wismarstr. 9, 1 Tr. hoch.

Hugo Bauer's Faust-Recitation.

Ueber den bevorstehenden Kunstgenuss liegt uns ein so überreiches Material von motivirten Anerkennungen vor, daß sich uns die Ueberzeugung aufdrängt, es werde Jeder, der den Vortrag verläumt, dies später recht ernstlich bedauern, und da es ganz feststeht, daß die Geselligkeit uns nie wiederkehren wird, denn Herr Bauer ist entschlossen, nur noch Posen zu bereisen und dann sich vollständig zur Ruhe zu setzen, so glauben wir im Interesse unserer Leser zu handeln, wenn wir alle etwaigen Bedenken und Zweifel durch Abdruck einer Anzahl kompetenter Urtheile beseitigen. Abdrücklich wählen wir Kritiken aus allen Theilen Deutschlands. Den Reigen mag die des greifen, in weitesten Kreisen als Autorität anerkannten Prof. Sehring eröffnen. Er sagt in den

Karlshor Nachrichten. „Wir begrüßen in Herrn Bauer einen wahrhaft Verufenen, einen echten Vertreter jener Vortragskunst, welche zu den schönsten aber auch zu den schwersten aller Künste gehört, einen Hochmeister in seinem Fache, der einem Tied, Holtei, Zimmermann würdig zur Seite steht. Er ist nicht Tied, nicht Holtei, nicht Zimmermann, auch nicht Balleste, Genée oder Türckmann, sondern eben Bauer. Das heißt, er geht in völliger, großartiger Selbstständigkeit seine eigenthümliche Bahn zc. zc.“

Allgemeine Deutsche Hagel- Versicherungs-Gesellschaft in Berlin.

Zur Vertretung obiger Gesellschaft werden in den Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen geeignete Persönlichkeiten (Landwirthe sehr erwünscht) gesucht. — Gefällige Meldungen erbittet baldigst

Die Subdirection Posen,
Mühlenstraße 26.

Chaskel.

Pensionat für israelitische junge Mädchen.

In meinem neu errichteten Familienpensionat, in welchem nur wenige Mädchen aufgenommen werden, sind noch zwei Stellen offen. Liebevoller Aufnahme, Pflege des Geistes und Körpers und Vervollständigung der Erziehung wird zugesichert. — Auch finden Waisen oder alleinstehende junge Mädchen eine wahre Heimath! (H. 2605.)

Auskunft ertheilen bereitwilligst Herr Rabbiner Dr. Joel, Breslau, Schweidnitzer Stadtgraben, Frau Bantler Schreiber, do. Albrechtsstraße, Frau Lina Sachs (Firma Auerbach), Breslau, Carlsstraße.

Louise Hoffmann, Breslau,

Lauenkipfplatz, Galisch Hotel, Wohnhaus II. Etage.

Pleschen, den 23. Februar 1875.

Hiermit erlaube ich mir die ergebene Anzeige zu machen, daß ich am heutigen Tage am hiesigen Orte ein

Putz- und Weißwaaren-Geschäft

eröffnet habe.

Indem ich mich zugleich zur Anfertigung der modernsten Damentolletten, Herren- und Damenwäsche bestens empfehle, ertheile ich auch zugleich Unterricht in sämtlichen weiblichen Handarbeiten, Tapfereiarbeit, Bunt- und Weißstiche, Wäschezeichnen zc. Sämtliche Aufträge werden aufs Sauberste und Geschmacksvollste pünktlich ausgeführt und die billigsten Preise berechnet.

J. Karczowska.

Feld-, Gemüse- und Blumenamen

empfehle in frischer und guter Qualität. Preisverzeichnisse sende auf gefälliges Abverlangen unentgeltlich und frei.

Posen, Frühjahr 1875.

Albert Krause,

Kunst- und Handelsgärtner, Fischerei Nr. 7.

Breitsäemaschinen,

ein- und zweipferdige,

einpferdige

Kleesäemaschinen,

sowie

Kieserfamen-

Drillmaschinen,

auch auf der Bremer

Ausstellung sämtlich

prämirt, empfiehlt

E. Drewitz,

Eisengießerei und

Maschinenbauanstalt,

Thorn.

500—1000 Thaler

werden von einem strebsamen Geschäftsmann zur Vergrößerung seines Geschäfts gegen hohe Zinsen auf ein Jahr zu leihen gesucht.

Offerten sub „Vertrauen“ an die Ann.-Exped. von Saafenstein & Vogler in Posen erbeten.

(H. 2278)

Eine 10—12pferdige, fast neue Lokomobile und 4 Schlemmen dazu stehen billig, jedes einzeln oder auch zusammen, zum Verkauf. Näheres auf portofreie Anfrage bei Ernst Schadow, Baumaterialienhandlung, Berlin C., Unter den Eichen 10.

Tunnel-Restaurant
Heute Donnerstag den 25. d.:
Erbsensuppe m. Schweins-
hren, Dankschwanzsuppe,
Risbeine, *Sixt aux Fours*
und *Weiss in Aspil*
empfehle (H. 22594)
W. Jaensch.